



Sonderausgabe

# FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten •

## Erkenntnisse

Erscheinungsweise:  
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

9. Jahrgang  
Nr. 63 Mai/5 2023

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

\*\*\*\*\*

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

### Art. 19 Menschenrechte

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

\*\*\*\*\*

**Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.**

\*\*\*\*\*

**Es ist «offensichtlich»,  
dass es «keinen Sieg für die armen Ukrainer» geben wird: Viktor Orban**

*uncut-news.ch, Mai 24, 2023*

Viktor Orban, der Ministerpräsident Ungarns, hat erneut kritische Töne angeschlagen und ist sowohl in der NATO als auch in der EU umstritten. Sein Unmut richtet sich insbesondere gegen die steigenden Waffenlieferungen an die Ukraine, wobei die bevorstehende Lieferung von F-16-Kampffjets nach Kiew besonders problematisch erscheint.

Am ersten Tag des jährlichen Wirtschaftsforums von Katar (QEF) hielt Orban eine Rede und gab ein Interview auf der Bühne, in dem er unverblümt erklärte, dass die Ukraine den Krieg gegen Russland nicht gewinnen kann, es sei denn, die NATO schickt direkt Truppen – wozu sie nicht bereit ist, und wogegen Ungarn ist.

Er erinnerte den Westen auch daran, dass die ungarische Regierung nicht zum «Mainstream» der Europäischen Union gehört, sondern sich um friedliche Verhandlungen bemüht hat.

«Die einzige Lösung ist ein Waffenstillstand, und nach dem Waffenstillstand sollten die Friedensgespräche beginnen», sagte er. Er erklärte, dies sei der einzige Weg, da Kiew nicht gewinnen könne.

Wie Bloomberg berichtet, «war Ungarn in Gesprächen mit Katar, um Gas zu kaufen, um seine Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung zu verringern und um Hilfe beim Kauf des Budapester Flughafens zu erhalten», so Orbans Worte.



PM Viktor Orbán in Doha, via Qatar News Agency

Er war auf die Frage angesprochen worden, ob Ungarn weitere Verteidigungshilfe für die Ukraine blockieren würde, und erklärte in diesem Zusammenhang, dass Russland und die USA letztlich eine Vereinbarung zur Beendigung des Krieges treffen müssten, was «der einzige Ausweg» sei:

«Wenn man sich die Realität, die Zahlen, das Umfeld und die Tatsache ansieht, dass die NATO nicht bereit ist, Truppen zu entsenden, ist es offensichtlich, dass es für die armen Ukrainer auf dem Schlachtfeld keinen Sieg gibt. Das ist mein Standpunkt», sagte er und vertrat damit eine Sichtweise, der nur wenige europäische Staats- und Regierungschefs angesichts ihrer Solidarität mit Kiew öffentlich zustimmen würden.

«Der Krieg kann nur beendet werden, wenn die Russen eine Einigung mit den USA erzielen. In Europa sind wir darüber nicht glücklich, aber es ist der einzige Ausweg.»

Seine Einschätzung, die wahrscheinlich sehr unpopulär und in der Öffentlichkeit nicht unumstritten sein wird, kommt kurz nach der russischen Einnahme von Bachmut am Wochenende, die von der Wagner-Gruppe durch Hissen der russischen Flagge über der strategisch wichtigen Stadt bekannt gegeben wurde.

Obwohl ukrainische Beamte zunächst bestritten, dass Bachmut gefallen sei, wird inzwischen sowohl in internationalen Presseberichten als auch von westlichen Beamten allgemein anerkannt, dass Russland die Stadt tatsächlich kontrolliert. Wagner soll das eroberte Gebiet bis zum 1. Juni an die regulären russischen Streitkräfte übergeben.

QUELLE: IT'S "OBVIOUS" THERE WILL BE "NO VICTORY FOR THE POOR UKRAINIANS": VIKTOR ORBAN

Quelle: <https://uncutnews.ch/es-ist-offensichtlich-dass-es-keinen-sieg-fuer-die-armen-ukrainer-geben-wird-viktor-orban/>

## Brief von Julian Assange an König Karl III. EIN KÖNIGLICHER VORSCHLAG

Autor: Uli Gellermann, Datum: 07.05.2023

An Seine Majestät König Karl III,

Anlässlich der Krönung meines Lehnsherrn hielt ich es für angemessen, Sie herzlich einzuladen, diesen bedeutenden Anlass mit einem Besuch in Ihrem eigenen Königreich im Königreich zu begehen: Dem Gefängnis Seiner Majestät in Belmarsh.

Sicherlich erinnern Sie sich an die weisen Worte eines berühmten Dramatikers:

**«Die Qualität der Barmherzigkeit ist nicht angestrengt. Sie tropft wie der sanfte Regen vom Himmel auf den Ort darunter.»**

Aber was wüsste dieser Barde schon von Barmherzigkeit angesichts der Abrechnung zu Beginn Eurer historischen Herrschaft? Schliesslich kann man das wahre Mass einer Gesellschaft daran erkennen, wie sie ihre Gefangenen behandelt, und Euer Königreich hat sich in dieser Hinsicht sicherlich hervor getan.

Das Gefängnis Belmarsh Eurer Majestät befindet sich an der prestigeträchtigen Adresse One Western Way, London, nur eine kurze Fuchsjagd vom Old Royal Naval College in Greenwich entfernt. Wie reizvoll muss es sein, dass eine so angesehene Einrichtung Ihren Namen trägt.

«Man erkennt den wahren Wert einer Gesellschaft daran, wie sie ihre Gefangenen behandelt.»

Hier sind 687 Ihrer treuen Untertanen inhaftiert, was das Vereinigte Königreich zum Land mit der grössten Gefängnispopulation in Westeuropa macht. Wie Ihre edle Regierung kürzlich erklärt hat, durchläuft Ihr Königreich derzeit «die grösste Erweiterung der Gefängnisplätze seit über einem Jahrhundert», wobei ihre ehrgeizigen Prognosen einen Anstieg der Gefängnispopulation von 82'000 auf 106'000 innerhalb der nächsten vier Jahre zeigen. Das ist in der Tat ein grosses Erbe.

Als politischer Gefangener, der nach dem Willen Eurer Majestät im Auftrag eines beschämten ausländischen Herrschers festgehalten wird, ist es mir eine Ehre, in den Mauern dieser Weltklasseeinrichtung zu leben. Wahrlich, Euer Königreich kennt keine Grenzen.

Während Ihres Besuchs werden Sie Gelegenheit haben, sich an den kulinarischen Köstlichkeiten zu laben, die für Ihre treuen Untertanen mit einem grosszügigen Budget von zwei Pfund pro Tag zubereitet werden. Geniessen Sie die gemischten Thunfischköpfe und die allgegenwärtigen rekonstituierten Formen, die angeblich aus Huhn hergestellt werden. Und keine Sorge, anders als in weniger bedeutenden Anstalten wie Alcatraz oder San Quentin gibt es kein gemeinsames Essen in einer Kantine. In Belmarsh speisen die Gefangenen allein in ihren Zellen, was die grösstmögliche Intimität der Mahlzeit gewährleistet.

Abgesehen von den geschmacklichen Genüssen kann ich Ihnen versichern, dass Belmarsh Ihren Untergebenen reichlich Gelegenheit zur Bildung bietet. In Sprüche 22:6 heisst es: «Erziehe ein Kind in dem Weg, den es gehen soll, und wenn es alt ist, wird es nicht davon abweichen.» Beobachten Sie die Warteschlangen an der Medikamentenausgabe, wo die Insassen ihre Rezepte nicht für den täglichen Gebrauch, sondern für die horizontweiternde Erfahrung eines «grossen Tages» abholen – und das alles auf einmal.

Sie werden auch die Gelegenheit haben, meinem verstorbenen Freund Manoel Santos die letzte Ehre zu erweisen, einem schwulen Mann, dem die Abschiebung nach Bolsonaros Brasilien drohte und der sich nur acht Meter von meiner Zelle entfernt mit einem kruden Seil aus seinem Bettlaken das Leben nahm. Seine exquisite Tenorstimme ist nun für immer verstummt.

Mein verstorbener Freund Manoel Santos .... hat sich nur acht Meter von meiner Zelle entfernt das Leben genommen.

Wenn man sich weiter in die Tiefen von Belmarsh vorwagt, findet man den isoliertesten Ort innerhalb seiner Mauern: Die Gesundheitsfürsorge, oder «Hellcare», wie sie von ihren Bewohnern liebevoll genannt wird. Hier werden Sie sich über vernünftige Regeln wundern, die der Sicherheit aller dienen, wie z. B. das Verbot von Schach, während das weitaus weniger gefährliche Spiel Dame erlaubt ist.

Tief im Inneren von Hellcare befindet sich der herrlichste Ort in ganz Belmarsh, ja im ganzen Vereinigten Königreich: Die Belmarsh End of Life Suite mit ihrem erhabenen Namen. Wenn Sie genau hinhören, werden Sie vielleicht die Schreie der Gefangenen hören: «Bruder, ich werde hier drin sterben», ein Zeugnis für die Qualität des Lebens und des Todes in Ihrem Gefängnis.

Aber keine Angst, in diesen Mauern gibt es auch Schönes zu entdecken. Erfreuen Sie sich an den malerischen Krähen, die im Stacheldraht nisten, und an den Hunderten von hungrigen Ratten, die Belmarsh ihr Zuhause nennen. Und wenn Sie im Frühjahr kommen, können Sie vielleicht sogar einen Blick auf die Entenküken erhaschen, die von verirrteten Stockenten auf dem Gelände des Gefängnisses abgelegt wurden. Aber zögern Sie nicht, denn die gefräßigen Ratten sorgen dafür, dass ihr Leben nur von kurzer Dauer ist.

Ich beschwöre Euch, König Charles, das Gefängnis seiner Majestät Belmarsh zu besuchen, denn es ist eine Ehre, die einem König gebührt. Möget Ihr Euch zu Beginn Eurer Regentschaft immer an die Worte der King James Bibel erinnern: «Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen» (Matthäus 5:7). Und möge die Barmherzigkeit die Richtschnur Deines Reiches sein, sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Mauern von Belmarsh.

Ihr ergebenster Untertan

Julian Assange

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/ein-koeniglicher>



Ein Artikel von: Jens Berger, 9. Mai 2023 um 9:00

Während der SPIEGEL in investigativer Grossarbeit die Pöbeleien von Till Schweiger aufdeckt, schliesst die EU-Kommission gerade in Nachverhandlungen mit dem US-Pharmamulti Pfizer einen weiteren Milliarden-deal über die Lieferung von Corona-Impfstoffen ab. Diese «Nachverhandlungen» sind die Folge des skandalösen «Pfizer-Deals», den Kommissionspräsidentin von der Leyen vor zwei Jahren im Alleingang per SMS mit dem Pfizer-Chef Bourla vereinbart hat. Insgesamt hat die EU mehr als 4,6 Milliarden Impfdosen bestellt. Ein Grossteil davon wurde bereits vernichtet oder wird in Zukunft vernichtet werden müssen. Alleine die nun stattfindenden Nachverhandlungen kosten die Steuerzahler der EU mindestens 10 Milliarden Euro. Die politische Verantwortung dafür trägt Ursula von der Leyen. In Summe sind die Verträge zur EU-Impfstoffbeschaffung der wohl grösste politische Skandal der letzten Jahrzehnte. Doch die grossen deutschen Medien schweigen. Das könnte auch daran liegen, dass ihre Corona-Berichterstattung von der Leyen dazu getrieben hat, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und dabei episch zu scheitern. Von Jens Berger.

Die Europäische Union hat 450 Millionen Einwohner. Selbst wenn man die Frage der Sinnhaftigkeit der Corona-Impfung für die gesamte Bevölkerung einmal grosszügig ausser Acht lässt, ist es unverständlich, warum die EU-Kommission als zentraler Verhandlungspartner für die EU-Staaten ganze 2,4 Milliarden Impfdosen verbindlich und weitere 2,2 Milliarden Impfdosen als Option bestellt hat. Das sind in Summe 4,6 Milliarden Impfdosen – mehr als 10 Impfdosen pro Kopf, vom Säugling in Estland bis zum Greis in Portugal. Stand heute wurden nach offiziellen Angaben 975 Millionen Dosen verimpft – das heisst, dass mehr als jede zweite verbindlich bestellte und bezahlte Impfdosis vernichtet werden muss; zählt man die optional vorbestellten Dosen hinzu, hat die EU mehr als viermal so viele Impfstoffe bestellt wie benötigt. Das freut die Pharmakonzerne, für die die zentrale Impfstoffbeschaffung der EU der wohl grösste Jackpot aller Zeiten war und ist. Denn auch heute noch – wo Corona keine Rolle mehr spielt und niemand etwas von Impfungen wissen will – werden tagtäglich containerweise Impfstoffe an die staatlichen Stellen ausgeliefert und das wird auch bis mindestens 2026 so weitergehen. Waren bis Anfang 2021 mit AstraZeneca, Sanofi/GSK, Janssen, Curevac, Pfizer/BioNTech und Moderna noch sechs Anbieter im Spiel, eroberte im Mai 2021 der US-Konzern Pfizer – zusammen mit seinem deutschen Partner BioNTech – das Spielfeld. Ein Vertrag zwischen Pfizer und der EU-Kommission über 900 Millionen Impfdosen und eine Option über weitere 900 Millionen Impfdosen, die zum Glück nie gezogen wurde, war der Game Changer. Um diesen Vertrag soll es hier gehen.

Um zumindest im Ansatz das Handeln von der Leyen wenn auch nicht verstehen, so doch nachvollziehen zu können, ist es sinnvoll, sich in den Frühling 2021 zu begeben. Die Winterwelle 2020/2021 hatte in den meisten europäischen Ländern zahlreiche Todesopfer gefordert und Medien und Politik sind in einen regelrechten «Impfwahn» verfallen. Sollte es später vor allem darum gehen, möglich viele Menschen zur Impfung zu drängen, ging es damals noch darum, genügend Impfstoffe für die von den Medien verunsicherte und verängstigte Bevölkerung zu organisieren. Und in diesem Punkt, da waren sich die Medien einig, hätten die nationale Politik und die EU bislang versagt.

So viel zum medialen Narrativ. In der Realität hatte die EU, die man als zentralen Verhandlungspartner für die EU-Mitgliedsstaaten auserkoren hatte, um zu verhindern, dass übereifrige und finanziell potente Staaten wie Deutschland den ganzen Markt leerkaufen, im April 2021 bereits 1,36 Milliarden Impfdosen bei diversen Herstellern fest verbindlich bestellt und sich weitere 1,21 Milliarden Impfdosen über vertragliche Optionen zusichern lassen. Auch hier soll es nicht um die Sinnhaftigkeit der Massenimpfung gehen. Festzuhalten ist aber, dass in den Wochen, in denen Ursula von der Leyen die Impfstoffbeschaffung zur Cheffinnensache machte und dabei sämtliche EU-Vergaberegeln brach, die es gibt, objektiv keine Unterversorgung mit Corona-Impfstoffen bestand.

Dennoch nahm von der Leyen nun die Verhandlungen selbst in die Hand und handelte mit dem Pfizer-Chef Bourla persönlich – und das offenbar grösstenteils per SMS – einen Vertrag aus, wie ihn die EU noch nicht gesehen hatte. Es ging um 900 Millionen Impfdosen, die verbindlich bestellt wurden und weitere 900 Millionen Impfdosen, auf die sich die EU eine Option einräumen liess. Wer nun denkt, dass ein derart gigantisches Bestellvolumen zumindest günstigere Preise mit sich brachte, der sieht sich getäuscht. Hatte Pfizer bei den vorhergehenden Verträgen noch einen Preis von 15,50 Euro pro Dosis durchsetzen können, waren es nun 19,50 Euro. Zum Vergleich – der Impfstoff von AstraZeneca kostete die EU 2,30 Euro pro Dosis. Von der Leyens «Privatvertrag» hatte somit ein Volumen mit mindestens 35 Milliarden Euro – der mit grossem Abstand historisch grösste Einzelvertrag zwischen der EU und einem Unternehmen. Und alles ohne Ausschreibung, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Umgehung der eigenen Rechenschafts- und Transparenzpflichten. Noch heute haben weder die Öffentlichkeit, noch der EU-Rechnungshof oder das EU-Parlament Einblick in die Verträge, geschweige denn Einblick in die Chatunterlagen von von der Leyen und Bourla zum Zustandekommen der Verträge.

Der Sommer kam, die Impfstoffknappheit aus dem Winter war kein Thema mehr. Nun suchte man verzweifelt nach Menschen, die sich überhaupt noch impfen und bestenfalls sogar zum vierten Mal boostern lassen wollten. So langsam sprach es sich sogar bis in die Medien herum, dass die Impfung nicht das hält, was man sich von ihr versprochen hatte. Ja, die Sterblichkeit der Hochrisiko-Gruppen konnte durch die Impfung gesenkt werden, aber der Nutzen für die breite Mehrheit ist bis heute nicht belegt und von der versprochenen Immunität war schon bald ohnehin nicht mehr die Rede. Das Thema Nebenwirkungen wurde gleich ganz unter den Deckel gekehrt. 4,6 Milliarden Impfdosen? Wofür?

So kam es, wie es aus objektiver Sicht kommen musste: Die EU-Staaten wussten bereits wenige Wochen nach dem Pfizer-Deal gar nicht mehr, wohin mit den vielen Impfdosen. Diese wurden zunächst eingelagert oder bereits von den Herstellern ab Werk vernichtet. Ausgeliefert wurden ab diesem Zeitpunkt vor allem Dosen, die diejenigen Dosen in den Lagern ersetzten, die aufgrund des Verfallsdatums dort vor Ort vernichtet werden mussten. Doch: Pacta sunt servanda, Verträge sind einzuhalten. Und so werden auch heute noch jeden Tag Impfdosen produziert, die niemand will und die richtig viel Geld kosten. Von der Leyen sei Dank.

Stand heute hat die EU alleine gegenüber Pfizer bestehende Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 10 Milliarden Euro. Um dieses Problem anzugehen, finden derzeit Nachverhandlungen mit Pfizer statt. Nachverhandlungen? Das hört sich niedlich an. Konkret geht es darum, dass die EU-Kommission einen Weg finden will, um irgendwie den Schaden zu begrenzen, den von der Leyen mit ihrem privat ausgehandelten Pfizer-Deal angerichtet hat. Diese Nachverhandlungen haben nun ein Zwischenergebnis geliefert. Das besagt: Von den rund 500 Millionen Impfdosen, die die EU Pfizer Stand heute noch abnehmen muss, fallen 220 Millionen Dosen weg. Dafür muss die EU jedoch eine Art Stornogebühr bezahlen – 2,2 Milliarden Euro. Die restlichen 280 Millionen Dosen werden in einem neuen Rahmenvertrag bis 2026 geliefert ... oder besser «vernichtet». Dafür zahlt die EU dann jedoch nicht den alten, ohnehin schon massiv überbezahlten Preis, sondern einen neuen, sich an dem Marktpreis orientierten Abnahmepreis. Auf Deutsch: Es wird noch teurer. Oder um es mit Martin Sonneborn zu sagen:

Wenn deren Berichte zutreffen, dann schlägt die Kommission vor, die Pfizer gegenüber bestehende Zahlungsverpflichtung in Höhe von 10 MILIARDEN EURO durch eine Pfizer gegenüber bestehende Zahlungsverpflichtung in Höhe von 10 MILIARDEN EURO zu ersetzen. Ein interessantes Hütchenspiel.

Zumindest interessant ist es in diesem Zusammenhang auch, dass die Öffentlichkeit von diesen Verträgen nicht etwa in der Tagesschau oder dem SPIEGEL, sondern von der britischen Financial Times und Reuters erfährt ... und natürlich von ebenjenem Martin Sonneborn, der als EU-Abgeordneter der PARTEI bereits seit langem über seinen Twitter-Account mehr und kritischer über die Missstände in Brüssel berichtet als alle deutschen Medien zusammen.

Warum schweigen Tagesschau, SPIEGEL und Co.? Wir reden hier immerhin über einen politischen Skandal, der nicht nur von seinem Schaden für die Allgemeinheit so ziemlich alle Skandale in den Schatten stellt, über die die Medien in den letzten Jahren berichteten. Ich habe da einen Verdacht. Im Frühjahr 2021 war es ja nicht so, dass die Medien den – was damals bereits bekannt war – unter dubiosen Umständen zustande gekommenen Pfizer-Deal von der Leyens kritisiert hätten. Ganz im Gegenteil. Man hatte die Panik selbst geschürt und das einzige «Problem» bei der Impfstoffbeschaffung darin gesehen, dass angeblich zu wenig Impfdosen bestellt wurden. Dementsprechend wurde von der Leyens Grenzüberschreitung bei den Ver-



handlungen auch nicht kritisiert, sondern als eine Art Befreiungsschlag gegen «zu zögerliche Nationalregierungen» und «bürokratische Hemmnisse» gesehen. Von der Leyen gab damals – unwidersprochen – in einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland zu Protokoll:

«Wie das Ergebnis heute aussehen würde, wenn jeder EU-Staat auf eigene Faust Impfstoff besorgt hätte, will ich mir lieber nicht ausmalen. Die ganze Welt war hinter den wenigen Produzenten her.»

Von der Leyen nahm die Sache also selbst in die Hand, um die EU in «Krisenzeiten» als Alternative zu den Nationalstaaten zu positionieren. Das ging mächtig in die Hose. Doch nicht nur die EU und Ursula von der Leyen haben rückblickend beim Thema Impfstoffbeschaffung episch versagt, sondern auch die deutschen Medien. Für diese Versagen bezahlen wir nun den Preis. Dass von der Leyen damit «durchkommt», ist wahrscheinlich. Freuen kann sich der US-Pharmamulti Pfizer. Der hat durch den Vertrag mit von der Leyen nicht nur sämtliche Mitbewerber verdrängt und nun ein Monopol für Coronaimpfstoffe auf dem europäischen Markt, sondern hat sich diesen kartellrechtlich hoch problematischen Vorgang auch noch sehr teuer bezahlen lassen – mit dem Geld der europäischen Steuerzahler. Wiedersehen werden wir von dem Geld übrigens nur sehr wenig. Pfizer nutzt schliesslich sämtliche Steueroptimierungsmethoden, die eben jene EU dem Konzern dankenswerterweise einräumt.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=97393>

## **Das kriegstreiberische US-Imperium bricht zusammen, die Tage der verlogenen westlichen Medien sind gezählt**

*Finian Cunningham*

Die westlichen Mainstream-Medien waren noch nie so unverhohlen in ihrer Propaganda für das US-Imperium.

Die Vorspiegelungen sind fadenscheinig. In dem Masse, wie die kriegstreiberische US-Regierung und ihre imperialistischen Lakaien aus dem Westen und der NATO immer mehr entlarvt werden und verzweifelt versuchen, ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren, werden auch ihre Medieninstrumente immer unglaubwürdiger. Die New York Times, BBC, CNN – und viele andere – sind ein verachtenswerter Scherz für die Öffentlichkeit. Sie sind eine Beleidigung für die allgemeine Intelligenz.

Fake News gibt es schon seit Jahrhunderten, aber jetzt werden sie überdeutlich und selbstzerstörerisch. Genauso wie das kriegstreiberische Imperium der USA immer offensichtlicher und selbstzerstörerischer wird.

Die Realitätsferne und der Verfall des angeblich unabhängigen Journalismus spiegeln sich in einem rekordverdächtigen Misstrauen der westlichen Öffentlichkeit gegenüber den von Unternehmen kontrollierten Mainstream-Nachrichtenmedien wider.

In einem Interview (Video in englischer Sprache) demontieren die in den USA lebenden Autoren Bruce Gagnon und Daniel Lazare die Anmassungen westlicher Medien.

Die systematische Vertuschung der Nord-Stream-Sabotage durch die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten – ein Akt des Krieges und des Staatsterrorismus – zeigt die unterwürfige Funktion westlicher Medien, die behaupten, Säulen unabhängiger Nachrichten und der Informationsfreiheit zu sein.

Medien wie die New York Times, die Washington Post und die staatliche britische BBC, neben vielen anderen, wurden als erbärmliche Propagandawerkzeuge der Vereinigten Staaten und anderer imperialistischer NATO-Regime entlarvt.

Alle westlichen Medien haben die glaubwürdige investigative Berichterstattung von Seymour Hersh (und anderen) ignoriert, die die Sabotage von Nord Stream durch die USA, die auf Anweisung des amerikanischen Präsidenten Joe Biden durchgeführt wurde, sehr plausibel dargelegt hat.

Ein weiteres brisantes Thema ist die abscheuliche Verfolgung von Julian Assange. Die westlichen Medien haben erneut vertuscht, was eine schockierende Verletzung von Assanges Rechten und seiner prinzipiellen Veröffentlichung durch die Whistleblower-Organisation Wikileaks darstellt. Julian Assanges einziges «Verbrechen» besteht darin, dass er die von den USA und ihren imperialistischen Lakaien begangenen Kriegsverbrechen aufgedeckt hat.

Assanges entsetzliche Misshandlung, ja Folter – vier Jahre in britischer Einzelhaft in Erwartung einer Auslieferung an die USA wegen fadenscheiniger «Spionagevorwürfe» – ist ein bösartiger Angriff auf den Journalismus und das Recht der Öffentlichkeit auf Information. Doch die angeblichen selbsternannten Verteidiger der «Wahrheit» und der «faktenbasierten» objektiven Information in den westlichen Medien haben sich verschworen, zu schweigen und die Verfolgung von Assange zuzulassen. Westliche Medien machen sich mitschuldig an der Zerstörung genau der journalistischen Grundsätze, die sie vorgeben, zu verteidigen.

Wie Bruce Gagnon und Daniel Lazare betonen, ist es ein Verbrechen, die Wahrheit zu sagen, und die westlichen Medien werden durch ihre abscheuliche Verletzung der Pflicht, unabhängig zu berichten, blossgestellt. Sie werden mehr denn je als Werkzeuge des Imperiums angesehen.

Ein richtiges Verständnis der Nord Stream-Sabotage und des Falls Julian Assange würde der westlichen Öffentlichkeit einen kritischen Einblick in die imperialistische Natur ihrer Regierungen geben – Regime, die kriegstreiberischen kapitalistischen Interessen dienen. Die kritische Masse muss um jeden Preis von den medialen Fussknechten des Imperiums verhindert werden.

Aus Sicht der US-geführten westlichen imperialistischen Macht ist es unerlässlich und absolut lebenswichtig, die Skandale um den Nord-Stream-Anschlag und Julian Assange und andere zu vertuschen. Wenn die Öffentlichkeit mehr darüber erfährt, stürzt das ganze Gebäude der westlichen Regierungen ein. Deshalb sind die westlichen Medien mehr denn je bemüht, zu vertuschen. Aber die Wahrheit wird sich durchsetzen. Der Krieg in der Ukraine entpuppt sich immer mehr als Kriegstreiberei und imperialistischer Stellvertreterkrieg gegen Russland. Dieser Krieg läuft Gefahr, sich zu einem totalen Weltkrieg auszuweiten, der eine nukleare Katastrophe auslösen könnte.

Die gleiche Vertuschung durch die westlichen Medien findet auch im Hinblick auf die von den USA angeführte NATO-Aggression gegen China statt. Auch hier verbreiten die westlichen Medien imperialistische Propaganda über eine angebliche chinesische Bedrohung, um eine wahnsinnige kriegstreiberische Agenda zu rechtfertigen, die auf eine Konfrontation mit China abzielt und die hegemonialen Ambitionen der USA unterstützt.

Eine verlockende positive Aussicht ist, dass kritische, unabhängige Medien allmählich und unerbittlich das Monopol der westlichen Propagandamedien brechen. Dafür sorgen das Internet und die globale Kommunikation – wenn auch gegen die unheilvolle Zensur westlicher Regime.

Insgesamt werden die etablierten westlichen Medien in der westlichen Öffentlichkeit und weltweit zunehmend mit Misstrauen und Verachtung betrachtet.

Wir leben in einer exemplarischen Zeit des sagenumwobenen «Kaisers ohne Kleider». Das falsche Bild der herrschenden westlichen Regime und ihrer verlogenen Konzernmedien war noch nie so zerrüttet, aber auch noch nie so zerbrechlich. Die Tage der westlichen Lügenmaschine sind gezählt. Sie hat nur sich selbst die Schuld zu geben, weil sie dem öffentlichen Interesse einen Bärenienst erwiesen hat.

Die westlichen staatlich geförderten Medien behaupten, «frei» zu sein. Lächerlicherweise sind sie «frei», um Sklaven von Lügen und Propaganda zu sein.

Ein Zusammenbruch ist längst überfällig.

erschienen am 9. Mai 2023 auf> Strategic Culture Foundation

Quelle: [https://antikrieg.com/aktuell/2023\\_05\\_11\\_daskriegstreiberische.htm](https://antikrieg.com/aktuell/2023_05_11_daskriegstreiberische.htm)

Lieber Freund Billy Meier,

Wie geht es dir, Lieber Freund?? 🍌🍌🍌🍌🍌🍌

Jeden Tag, mein Freund Billy, kommt in der ganzen Welt mehr und mehr Verderbtheit zum Vorschein. Die Menschheit ist durch Politiker, Sekten und Religionen völlig verblendet und verblödet. Die Menschheit ist wirklich zur Selbstzerstörung verdammt, und absolut niemand kann sie retten.

Deshalb sage ich, dass Religion ☠️ Gift ist.

RELIGION IST GIFT!

## DIE EINZIGE KIRCHE, DIE LEUCHTET, IST DIEJENIGE, DIE IN EINEM SCHRECKLICHEN UND RIESIGEN FEUER BRENNT

**Geld, Politiker und Religionen zusammen, sind die Motoren für alle Verbrechen gegen die gesamte Schöpfung!**

*«Ich verurteile das Christentum, ich erhebe gegen die christliche Kirche die furchtbarste aller Anklagen, die je ein Ankläger in den Mund genommen hat. Sie ist mir die höchste aller denkbaren Korruptionen ... sie hat aus jedem Wert einen Unwert, aus jeder Wahrheit eine Lüge, aus jeder Rechtschaffenheit eine Seelen-Niedertracht gemacht. Ich heisse das Christentum den einen grossen Fluch, die eine grosse innerlichste Verdorbenheit, den einen grossen Instinkt der Rache, dem kein Mittel giftig, heimlich, unterirdisch, klein genug ist – ich heisse es den einen unsterblichen Schandfleck der Menschheit.» – Friedrich Wilhelm Nietzsche.*

Die Zivilisation des Planeten Erde wird erst dann Vollkommenheit und Wahren Frieden erreichen, wenn der letzte Stein der letzten Kirche auf den letzten Priester, Pastor, Bischof, Papst gefallen ist und sie vernichtet hat und der Planet Erde völlig frei ist von diesem schmutzigen, verlogenen und schändlichen verfluchten Haufen religiöser Diebe und Herumtreibern aller Farben, Flaggen und Konfessionen, die die Menschheit der Erde versklaven.

Religion ist das WAHRE TÖDLICHE KREBS des gesamten Planeten Erde. Religionen und Politik zusammen sind die WAHRE Ursache Nummer eins aller BLUTGEFÄHRDETEN Kriege.

**Eines Tages wird die sogenannte «heilige» Geschichte bei dem Namen genannt werden, den sie verdient: Verfluchte Geschichte; die Worte «Gott», «Allah», «Jehovah», «Bibel», «Tora», «Qu'ran» oder «Koran», «Mormone», «Pfingstler», «Erlöser», «evangelisch», «Evangelium», «Gläubigen», «Täufer», «Mara-natha», «Pastor», «Priester», «Bischof», «Papst», «katholisch», «Yeshua», «Yehoshua», «Christus», «Jesus», «Kirche», «Heiligen», «Okkultist», «Channeler», «Esoteriker», all diese Wörter werden als Schimpfworte, als Flüche, als Beleidigungen sowie als Spitznamen für extrem gefährliche Kriminelle, Psychopathen und Soziopathen verwendet. – José Barreto Silva\*\*\*\***

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky war am Samstagnachmittag in Audienz bei Papst Franziskus. Die beiden sprachen 40 Minuten lang «über die humanitäre und politische Situation in der Ukraine infolge des anhaltenden Krieges», hiess es hinterher in einer Mitteilung des vatikanischen Pressesaals.

Der Papst habe seinem Gast aus der Ukraine sein andauerndes Gebet versprochen. Das Kommuniqué von Vatikansprecher Matteo Bruni erinnerte auch an die zahlreichen öffentlichen Gebets- und Friedensappelle, die Franziskus seit Februar letzten Jahres lanciert hatte.

Beide seien sich einig gewesen, dass die humanitären Bemühungen zur Unterstützung der Bevölkerung fortgesetzt werden müssen. Der Papst habe insbesondere die dringende Notwendigkeit von «Gesten der Menschlichkeit» gegenüber den schwächsten Menschen betont, die schuldlose Opfer dieses Konflikts seien. Nach der Unterredung mit dem Papst traf der ukrainische Regierungschef den «Aussenminister» des Heiligen Stuhles, Erzbischof Paul Richard Gallagher. Die Unterredung mit dem Sekretär für Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen des Staatssekretariats sei «herzlich» gewesen, hiess es in der Mitteilung. Thema sei in erster Linie auch hier der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Dringlichkeiten gewesen, insbesondere humanitärer Art, sowie «die Notwendigkeit, die Bemühungen um Frieden fortzusetzen», teilte das Staatssekretariat in einem gesonderten Kommuniqué mit. Beide hätten auch «eine Reihe bilateraler Fragen erörtert, die vor allem das Leben der katholischen Kirche im Land betreffen».

Der Vatikan veröffentlichte auch ein kurzes Video zu der Audienz die in einem Nebenraum der Vatikanischen Audienzhalle stattfand, wenige Schritte von der Papstresidenz Santa Marta. Papst Franziskus schenkte dem ukrainischen Präsidenten eine Bronzearbeit, die einen Olivenzweig als Symbol des Friedens darstellt sowie zwei Dokumente: Seine Botschaft zum diesjährigen Welttag des Friedens und das Dokument über die menschliche Brüderlichkeit. Darüber hinaus schenkte der Papst Selensky ein Buch des Vatikanverlags über das Corona-Gebet von Papst Franziskus auf dem leeren Petersplatz vom 27. März 2020 sowie den Band «Eine Enzyklika über den Frieden in der Ukraine», eine Sammlung von Papsttexten zum Thema.

Video hier: <https://www.youtube.com/watch?v=CIesC25hC6Y>

Beide Gespräche im Vatikan fanden im Beisein eines Dolmetschers aus dem Staatssekretariat statt. Es handelt sich um einen ukrainischen Franziskaner, Pater Marko Gonkalo, den der Papst im März 2022 bei der Generalaudienz erwähnt und ihm für sein Zeugnis gedankt hatte: «Seine Eltern sind im Moment in Schutzräumen unter der Erde, um sich vor den Bomben zu schützen, in einem Ort in der Nähe von Kiew. Und er tut weiterhin seine Pflicht hier, bei uns. Indem wir ihn begleiten, begleiten wir alle Menschen, die unter den Bombardierungen leiden ...».

Die Gespräche:

Es war die zweite Begegnung zwischen Papst Franziskus und Wolodymyr Selensky im Vatikan. Die erste fand am 8. Februar 2020 statt, kurz vor Beginn der Corona-Pandemie im grossen Stil.

Selensky traf Samstagmorgen in Rom ein und wurde vom stellvertretenden italienischen Ministerpräsidenten und Aussenminister Antonio Tajani empfangen. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni begrüßte den ukrainischen Präsidenten mit einer Umarmung und sicherte seinem Land die «umfassende Unterstützung» Italiens zu, insbesondere in der Frage der Weizenausfuhr. Bei einer anschliessenden Pressekonferenz würdigte Giorgia Meloni unter anderem «das Engagement des Papstes und des Heiligen Stuhls» für den Frieden zwischen der Ukraine und Russland; Rom bestätigt sich «als Hauptstadt des Friedens», sagte die Ministerpräsidentin. Auch Staatspräsident Giorgio Mattarella tauschte sich mit Selensky aus.

Quelle: (news vatican-gs)

<https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2023-05/papst-vatikan-audienz-ukraines-praesident-selenskyj.html>

**Mehrere Videos hier:**

<https://youtu.be/9ysYNYR3ils/>. <https://youtu.be/95zy6sEjQWg> Weitere Informationen über das Treffen dieser beiden Verrückten Kriegshetzer findest du auf dieser Website unten auch:

<https://de.euronews.com/2023/05/13/regierungskreise-in-berlin-selenskyj-kommt-nach-deutschland>





*Papst Franziskus und der ukrainische Präsident: Audienz am 13. Mai 2023*



*Papst berät sich mit Ukraines Präsident Selenskyj.*



*Der ukrainische Präsident Selensky hat in Rom die Staatsspitzen Italiens getroffen und um weitere Unterstützung für den Abwehrkampf seines Landes gegen Russland geworben.  
Selensky trifft Papst und Meloni – am Sonntag wird der ukrainische Präsident in Berlin erwartet.*

Saalome und freundliche Grüsse von  
José Barreto Silva – Brasilien

## «Selensky ist ein Kriegstreiber» – Proteste gegen Karlspreisverleihung an Selensky

15 Mai 2023 13:22 Uhr

**Das Bündnis «Diplomatie statt Waffen und Sanktionen» organisierte am Sonntag in Aachen eine Friedenskundgebung. Die Teilnehmer protestierten unter dem Motto «Frieden in Europa ist nur mit und nicht gegen Russland möglich!» gegen die Verleihung des Karlspreises an den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selensky.**

Von Felicitas Rabe

Anlässlich der Karlspreisverleihung an den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selensky fanden in Aachen am Sonntag mehrere Protestkundgebungen mit einigen hundert Teilnehmern statt. Erst am Nachmittag wurde offiziell bekannt gegeben, dass Selensky den Preis persönlich entgegennehmen würde.

Mit dem Internationalen Karlspreis zu Aachen, sollen Persönlichkeiten oder Institutionen ausgezeichnet werden, «die sich um Europa und die europäische Einigung verdient gemacht haben», heisst es in der Beschreibung der Auszeichnung. Karl der Grosse gelte als der erste Einiger Europas, weshalb der Herrscher auch der Namensgeber für diesen Preis geworden sei. In diesem Jahr würde der Preis an den ukrainischen Präsidenten verliehen, weil das ukrainische Volk unter seiner Führung Europa verteidigen würde, begründete die Jury ihre Entscheidung. Er verteidige somit «nicht nur die Souveränität seines Landes und das Leben seiner Bürger, sondern auch Europa und die europäischen Werte».

Dem wollten sich die mehrere Friedensinitiativen in Aachen nicht anschliessen. So veranstaltete auch das «Bündnis Diplomatie statt Waffen und Sanktionen» am Sonntag unter dem Motto «Frieden in Europa ist nur mit und nicht gegen Russland möglich!» am Elisenbrunnen auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz eine Friedenskundgebung. Mehrere Redner und Musiker kritisierten die Verleihung des Karlspreises an Selensky. Am Bündnis beteiligten sich auch die Initiativen «Aachener für eine menschliche Zukunft», «Freie-Linke-Aachen», «Friedensinitiative-Querdenken241-Aachen», «AK-GewerkschafterInnen Aachen».

Das Bündnis hatte sich schon im Jahre 2022, als drei Frauen aus Weissrussland den Karlspreis erhielten, öffentlich gegen die damalige Preisverleihung aufgestellt und seinerzeit eine Gegenkundgebung unter dem Motto «Freiheit für Julian Assange!» veranstaltet. In einer Pressemitteilung veröffentlichten die Friedensaktivisten ihre Kritik auch am diesjährigen Preisträger.

***«In diesem Jahr, in dem Selenskyj als Präsident der Ukraine den Karlspreis erhält, fühlen wir uns besonders herausgefordert, unsere Stimme gegen diese Preisverleihung zu erheben»,*** sagte Walter Schumacher als Sprecher des Bündnisses.

***«Wir verurteilen die Vergabe eines Preises mit dem Untertitel: «Für die Einheit Europas», an einen Mann, der als Galionsfigur des Westens alles dafür tut, dass dieser inner-europäische Krieg immer mehr eskaliert und sogar Waffenstillstandsverhandlungen verbietet.»***

Auf der Kundgebung erklärte auch der langjährige Friedensaktivist Dr. Ansgar Klein, warum die Friedensaktivisten diese Ehrung eines Kriegstreibers ablehnen. In seiner Rede zitierte er aus einer Analyse des Journalisten Florian Warweg, wonach diese Preisverleihung an Zynismus kaum zu überbieten sei. Der «Sachsen-schlächter» Karl der Grosse habe einen Grossteil Europas bei einer mit Waffengewalt erzwungenen Christianisierung 40 Jahre lang mit Krieg überzogen. Für seine Grossreichsambitionen wurde er von den Nazis als Vorbild propagiert.

So sei dann auch in den fünfziger Jahren als Namensgeber für den «Friedenspreis» ausgerechnet dieser Kaiser gewählt worden, der bereits vom Nazi-Regime propagandistisch instrumentalisiert worden war. Der «Friedenspreis» sei nach einem Herrscher benannt, der während seiner gesamten 46-jährigen Regentschaft ... fast pausenlos Angriffs-Kriege in Europa führte, unter anderem gegen Sachsen, Spanien und Italien.

Der heutige Kriegstreiber Selensky, den Klein im Gespräch mit der Autorin als eine Marionette der US-Regierung bezeichnete, würde diesen Krieg eskalieren und nicht zum Frieden in Europa beitragen:

***«Selenskyj eskaliert mit massiver Unterstützung der US-geführten NATO, also auch Deutschlands, ohne Rücksicht auf Verluste und mit dem ausdrücklichen Verbot von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen den Krieg in der Ukraine gegen Russland.»***

Unterbrochen wurde die Protestveranstaltung von einer proukrainischen Demonstration, die mit mindestens 2000 Teilnehmern lautstark an der Kundgebung der Friedensaktivisten vorbeizog. Nach ihrem Umzug stellten sich die proukrainischen Aktivisten in hunderte Meter langen Schlangen rund um den Aachener Dom an, um Zutritt zum Marktplatz zu erhalten, denn dort wurde Wladimir Selensky für einen kurzen Frei-

luft-Auftritt erwartet. Hunderte Menschen versammelten sich auch zum Public Viewing vor einer Grossleinwand auf einem Platz in der Aachener Innenstadt.

Erst gegen 15 Uhr wurde endgültig und offiziell bekanntgegeben, dass der ukrainische Präsident tatsächlich nach Aachen kommen würde. Bis dahin waren Cafébesitzer am Marktplatz mehrfach von der Polizei aufgefordert worden, ihre Aussengastronomie ab- und wieder aufzubauen, wie ein Cafébetreiber gegenüber der Autorin beklagte.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/inland/170080-selenskij-ist-kriegstreiber-proteste-gegen/>

## Kanada debattiert über «humane» Euthanasie für Arme

15.5.2023 12:18 Uhr

In Kanada wird darüber debattiert, Menschen in einer ausweglosen ökonomischen Situation den Ausweg der medizinisch begleiteten Selbsttötung anzubieten. Das berichtet der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring in seinem Blog. Demnach veröffentlichten zwei «Bioethikerinnen» in einer Fachzeitschrift einen Aufsatz, in dem die angebliche Humanität einer solchen Lösung debattiert wird.



Darin heisst es, dass es inakzeptabel sei, Menschen in schwierigen sozialen Verhältnissen zu zwingen, auf eine Verbesserung dieser Verhältnisse oder öffentliche Wohltätigkeit zu warten. Der selbst gewählte Tod könne das «kleinere Übel» zwischen mehreren nicht idealen Optionen sein. In einem Interview erklärte eine der Autorinnen:

«Die Menschen können selbst entscheiden, ob ihr Leben lebenswert ist, und wir sollten das respektieren.» Bereits seit März 2021 gilt in Kanada ein liberalisiertes «Gesetz zur medizinischen Begleitung beim Sterben» (MAiD). Mehrfach wurde berichtet, dass Behörden Behinderten und Kranken statt Unterstützung begleitetes Sterben angeboten haben.

Häring wertet den Beitrag der Wissenschaftlerinnen als weiteren Schritt zur Umsetzung der Handlung des dystopischen Hollywood-Films «Soylent Green» aus dem Jahr 1973: «Defekte Rädchen der Maschine werden entsorgt.»

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/>

**Anmerkung: Auch das hat BEAM in den Kontaktberichten erwähnt. A.W.**

## Selensky zu Besuch in Grossbritannien: London stellt Lieferung neuer Langstreckenwaffen in Aussicht

15. Mai 2023 12:50 Uhr

Der ukrainische Präsident Wladimir Selensky setzt seine Reise durch Europa fort. Nach Deutschland und Frankreich trifft Selensky am Montag in London ein, um mit dem britischen Premierminister Rishi Sunak weitere Militärhilfe für Kiew zu besprechen.

Am Montagmorgen ist Wladimir Selensky in London angekommen. Im Rahmen eines im Voraus nicht angekündigten Besuchs bespricht der Staatschef mit dem britischen Premierminister Rishi Sunak weitere militärische Hilfe für die Ukraine. Selensky schreibt auf Telegram:

**«Heute – London. Grossbritannien ist ein Vorreiter, wenn es um Erweiterung unserer Möglichkeiten am Boden und in der Luft geht. Heute wird diese Kooperation fortgesetzt. Ich treffe mit meinem guten Freund Rishi.»**

In Chequers, dem offiziellen Landsitz des Premierministers bei London, plane Selensky mit Sunak unter vier Augen zu sprechen. Den Besuch bestätigt auch der Leiter des Präsidialamtes des ukrainischen Präsidenten Andrei Jermak. Bei dem wichtigen Treffen bespreche man eine Stärkung der ukrainischen Verteidigung und eine Unterstützung des Beitritts zur NATO.

Selenskys Besuch wird auch im Büro des Premierministers angekündigt. In einer Presseerklärung erinnert Sunak daran, dass Grossbritannien der Ukraine im Jahr 2023 Hauptkampfpanzer vom Typ Challenger 2 sowie Selbstfahrlafetten und Hunderte Panzerfahrzeuge geliefert habe. Vergangene Woche habe Kiew Marschflugkörper vom Typ Storm Shadow erhalten – die ersten Langstreckenraketen im Arsenal der Ukraine. Sunak verspricht, weiterhin auf nachhaltige Unterstützung der Ukraine zu drängen, auch im Rahmen der internationalen Organisationen und Gremien wie etwa Gipfeltreffen des Europarates und der G7. Bei den heutigen Gesprächen wird der Premierminister weitere Lieferungen von Luftabwehrraketen und unbemannten Flugsystemen ankündigen, darunter neue Angriffsdrohnen mit einer Reichweite von über 200 Kilometern.

Selensky besuchte innerhalb von wenigen Tagen mehrere europäische Städte. Am Sonntag nahm er in Aachen den Karlspreis entgegen, kurz danach traf er in Paris mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron zusammen. Auch in Rom und im Vatikan war Selensky zu Besuch. Nach London reist der ukrainische Präsident bereits zum zweiten Mal seit der Eskalation des Ukraine-Konflikts.

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/international/170114-selenskij-zu-besuch-in-grossbritannien/>

## Majestätsbeleidigung? DFB-Vize nennt Selensky «ehemaligen Schauspieler» – und muss zum Rapport

15 Mai 2023 11:48 Uhr

Ein DFB-Funktionär zeigte sich wenig begeistert vom Besuch des ukrainischen Präsidenten in Berlin und nannte Selensky – wahrheitsgemäss – einen ehemaligen Schauspieler. Das kommt nicht gut an im Deutschland der Gegenwart. Der DFB hat den Mann zum Gespräch einbestellt.

Der Deutsche Fussball-Bund (DFB) hat ein Gespräch mit seinem Vizepräsidenten Hermann Winkler angekündigt, nachdem dieser in einem Instagram-Post indirekt den Besuch des ukrainischen Staatschefs Wolodimir Selensky kritisiert hatte.

Der aus Sachsen stammende Winkler, der zugleich auch der Präsident des Nordostdeutschen Fussballverbands (NOFV e.V.) ist, hat am Sonntag auf Instagram nämlich ein Foto gezeigt, das ihn vor dem Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park in Berlin zeigt. Dazu schrieb er:

**«Berlin heute Morgen. Dank Allgemeinverfügung auf Grund des Besuchs eines ehemaligen ukrainischen Schauspielers ist die City weitestgehend abgeriegelt, die Spree für Touristen teilweise gesperrt. Im Treptower Park ist es noch ruhig – noch steht das Ehrenmal zum Gedenken aller Kriegsoffer.»**

Tatsächlich war Selenskij bis zum Beginn seiner politischen Karriere nicht nur Schauspieler, sondern Chef einer Kabaretttruppe und Fernsehkomiker. Videos mit seinen Darbietungen sind leicht zu finden. Winklers Äusserung zum Ehrenmal dürfte vage an das Verbot russischer und sowjetischer Fahnen und Symbole am 9. Mai anknüpfen.

Gegenüber der Nachrichtenagentur dpa bestätigte Winkler die Echtheit seines Posts:

**«Es ist mein persönlicher Account und meine Beschreibung der Beobachtung.»**



Auf Instagram ist der Eintrag allerdings mittlerweile [Stand Montagmorgen] nicht mehr aufrufbar. In der umfangreichen Berichterstattung zu diesem Vorgang wird Winklers inhaltlich zweifellos zutreffende Aussage zu Selensky einhellig als abschätzig, despektierlich oder sogar als Beschimpfung gewertet. Das für Sport zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) veröffentlichte nur eine lapidare, aber ebenfalls missbilligende Stellungnahme:

**«Das BMI als Sportministerium sieht keinen Anlass, diese völlig indiskutable Äusserung näher zu kommentieren.»**

Auch auf Twitter forderten zahlreiche Nutzer die Entlassung Winklers – oder gleich seine Ausweisung nach Russland. Der Journalist Matthias Meisner, der nebenbei beim staatlich finanzierten Internetpranger «Gegneranalyse» des «Zentrums Liberale Moderne» unliebsame kritische Medien diffamiert, gab sich fassungslos.

## Wie begreifen Menschen in Ost und West die «Zeitenwende» in den deutsch-russischen Beziehungen?

15 Mai 2023 09:45 Uhr

**Was geschah im Bewusstsein eines Durchschnittsbürgers in Ost und West des vereinten Deutschlands, als plötzlich – fast über Nacht – der mühsam gelungene, jahrzehntelange Aufbau einer Partnerschaft zu Moskau aufgegeben wurde? Das sind Fragen, für deren Beantwortung RT DE auf Spurensuche bei Deutschen ist, die in der früheren Ukraine studiert haben, so auch der Wirtschaftswissenschaftler Klaus-Dieter Föhlinger.**

Von Marinko Učur

Die überwiegende Mehrheit der Kenner der Lage wird dieses Problem mit Sicherheit mit dem Kabinett Scholz in Verbindung bringen und darin den Schlüssel für zahllose Herausforderungen sehen, nachdem die russisch-deutschen Beziehungen irreparabel beschädigt wurden. Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass die deutsche Öffentlichkeit vielleicht in der Mehrzahl dem Druck aus den USA und dem Einfluss westlicher Medien nachgegeben hat in dem Konflikt, der keineswegs am 24. Februar 2022 sondern viel früher begann.

Die weiter anhaltende Besessenheit der USA, um jeden Preis ihre hegemoniale und monopolistische Machtposition in der bis vor Kurzem monopolen Welt aufrechtzuerhalten, hat offensichtlich Früchte getragen. Die transatlantische Aufteilung der Welt in die Guten und die Bösen, wie in einem Film, in dem die Rolle der Bösen immer den Russen zugedacht ist, hat zu einem bestimmten Ergebnis geführt. Aber das ist kein Hollywood-Film, sondern eine bittere Realität, in der in Wahrheit das Volk der Ukraine, auch die Anhänger des Regimes von Präsident Wladimir Selensky die grössten Leidtragenden sind.

Einer jener Menschen, der nach Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine kompetent und ausgewogen über die Ursachen und Folgen des Bruchs zwischen Moskau und Berlin spricht, ist ein Bürger der ehemaligen DDR, der in den Jahren von 1972 bis 1976 Wirtschaftswissenschaften an der Universität Charkow studierte ist Klaus-Dieter Föhlinger. Er war später auch als Berater für duale Ausbildung der deutschen Entwicklungsagentur GIZ tätig und beantwortete jetzt für RT DE einige Fragen.

*Was geschah im Bewusstsein eines Durchschnittsbürgers in Ost und West des vereinten Deutschlands, als plötzlich – fast über Nacht – der mühsam gelungene, jahrzehntelange Aufbau einer Partnerschaft zu Moskau aufgegeben wurde? Und wie konnten Politiker in Berlin so leicht die Lehren der deutschen Geschichte vergessen und dem Druck aus Washington, D.C. zum Nachteil des eigenen deutschen Volkes nachgeben?*

**«Im westdeutschen Bewusstsein wurden viele Verdienste den US-Amerikanern und ihrem Marshallplan zugeschrieben, der letzten Endes den USA diente. Und damit ist natürlich die amerikanische Lebensweise, der amerikanische Traum, wonach die US-Amerikaner analog dazu immer die Guten sind, im Bewusstsein der Bevölkerung dort verankert. In den nachfolgenden Jahren war ich ja zum Teil auch mit den amerikanischen Hollywood-Filmen befangen, wo die Amerikaner immer die Guten sind. Westernfilme und «Top Gun» waren für viele deutsche Generationen im Westen wie im Osten ein Orientierungspunkt und eine Inspiration. Wirtschaftlich war das mit viel Auf und Ab verbunden, und auch mal Stillstand, aber immer ein Werkzeug in den Händen der USA. Politisch gesehen wurde alles über die US-amerikanischen Thinktanks abgewickelt. Dieser Einfluss, der von dort über lange Jahre ausgeübt wurde – und das ist eine Langzeitstrategie – führte dazu, dass führende Köpfe davon beeinflusst waren. Und letztendlich – für mich so augenscheinlich – dürfen wir den Einfluss der «Grünen» und der Generation derer in den 1970er/1980er Jahren geborenen jungen Mitglieder nicht vergessen. Sie sind in einem Wohlstand grossgeworden, brauchten sich nie anzustrengen. Und man kann von dieser Warte aus sagen, ich könnte dies auch**

**etwas boshaft sagen, man braucht da ja nur mal zu gucken, wer von den Politikern die den Grünen denn tatsächlich einen Berufs- oder Studienabschluss hat.»**

*Hat Deutschland einen zu hohen Preis für die vasallentreue Befolgung der jenseits des Atlantiks erlassenen Anordnungen gezahlt?*

**«Also aus meiner Sicht ja. Das ist nicht nur der wirtschaftliche Preis, den diese Grünen-Politiker zu verantworten haben – wegen der Einführung von Sanktionen und in Bezug auf den Energiesektor –, sondern auch der politische Preis. Das heisst, sowohl durch diese Politik gegen Russland, aber auch im Zusammenhang mit Corona und allen anderen Sachen, einschliesslich der freien Meinungsäusserung, die zunehmend in der deutschen Öffentlichkeit unterdrückt wird. Und das geht aneinander über. Das kann man nicht voneinander trennen, und das bedeutet in der Praxis, dass man, wenn man bestimmte wirtschaftliche Ziele erreichen will, sie ja auch mit Brachialgewalt politisch umsetzen muss, also auch durch Medienselektion und Blockade.»**

*Sind die deutschen Bürger für eine differenzierte Herangehensweise an die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt sensibel? Und wie recht haben diejenigen, die behaupten, dass es einen grossen Unterschied zwischen der Haltung der offiziellen Politik in Berlin und derjenigen der Bevölkerung in den ostdeutschen, ehemals DDR-Regionen gebe?*

**«Wenn man das von oben betrachtet, gibt es tatsächlich einen riesigen Unterschied in der grundsätzlichen Einstellung zwischen Ost und West. Es ist klar, dass der Unterschied zwischen Ost und West in dem Land allmählich schwindet, aber es ist tatsächlich so, dass die häufigen Proteste gegen die Gleichschaltung, den Medien-Blackout und eine Schwarz-Weiss-Betrachtung dieses Krieges überwiegend von Ostdeutschen formuliert werden, tatsächlich ist das so. Historisch betrachtet gab es immer geteilte Meinungen, aber natürlich wurden sie im Osten ganz anders artikuliert als im Westen. Die Bekenntnisse von Politikern aus dem Osten und die Vereinbarkeit ihrer Ansichten mit dem Westen des Landes sind erst nach 1990 erkennbar.»**

*Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass es Jahrzehnte gedauert hat, qualitativ hochwertige russisch-deutsche Beziehungen aufzubauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg von beiden Seiten sorgfältig gepflegt wurden und die eine wichtige Säule des Weltfriedens waren, wir nun aber andererseits eine Situation haben, in der diese Beziehungen in weniger als zwei Jahren ihren Tiefpunkt erreicht haben. Sind diese Beziehungen dauerhaft und irreparabel zerrüttet?*

**«Es ist kein Geheimnis, dass im Westen schon immer eine latente antirussische Stimmung vorherrschte, die auch nach dem Zweiten Weltkrieg gepflegt wurde. Natürlich gab es immer auch Probleme, die überhöhte Darstellung des «grossen Bruders». Das ist natürlich auch vielen Menschen im Osten aufgestossen, hat manche also zum Widerspruch angeregt. Es war bis in die 1980er Jahre hinein fest verankert, dass die Sowjetunion ein Garant des Friedens ist. Aber als die UdSSR aufhörte zu existieren, hat sich natürlich keiner mehr an der grossen Sowjetunion orientieren können, aber auch keine Orientierung mehr gehabt, was denn nun tatsächlich gut und richtig und schön sei. Aber tief im Bewusstsein war zumindest bei den Ostdeutschen noch verankert, dass die Sowjetunion tatsächlich ein Garant des Friedens und der Stabilität war. Spätestens nach Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 scheint sich alles in die entgegengesetzte Richtung entwickelt zu haben. Und für mich war das zu diesem Zeitpunkt der deutliche Ausdruck gewesen, dass der Westen überhaupt kein Interesse daran hat – selbst nach dem Zerfall der Sowjetunion –, all das zu akzeptieren, was nachhaltig und möglich gewesen wäre. Und wir sehen, wie die Situation heute ist.»**

*Können Sie im politischen Sinn Parallelen ziehen zwischen Charkow in der ehemaligen Sowjetunion, wo Sie in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts Wirtschaftswissenschaften studierten, und dem heutigen Charkiw in der Ukraine, zumal die Stadt selbst im Namen – Charkiw statt Charkow – ein Symbol der Spaltung und des Missverständnisses geworden ist?*

**«Ich war in den letzten 20 Jahren nicht mehr in Charkow. Deswegen fällt es mir sehr schwer, das zu beurteilen. Aber Charkow ist eine Millionenstadt. Charkow ist eine Industriestadt, eine Universitätsstadt mit 10 Prozent Studenten. Ich würde sagen, dass in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts weit mehr als 50 Prozent der Bevölkerung dort Russisch gesprochen haben. Das heisst, Russisch war eine ganz normale Alltagssprache. Ich habe übrigens gelesen, dass selbst in Kiew die Mehrheit, mehr als 50 Prozent, heute noch Russisch spricht. Ich will nicht sagen, das waren alles Russen, das wäre falsch, aber das waren alle Bürger der Sowjetunion. Insoweit gab es dort keinerlei Unterschiede. Wenn ich natürlich jetzt von Bekannten seit 2014 höre, dass es tatsächlich eine Unterdrückung der russischen Kultur und Sprache gibt, dann muss ich sagen, ich kann es nicht nachvollziehen, dass es so etwas gibt.»**



Können Sie im heutigen Deutschland Personen oder politische Gruppen identifizieren, die Sie als prorussisch bezeichnen könnten? Und ist es heute überhaupt erlaubt, in irgendeiner Weise prorussisch orientiert zu sein, selbst mit einer im Grunde neutralen Haltung?

**«Das ist eine übliche, sehr interessante Formulierung, über die die wenigsten nachdenken. Wenn ich heute Sympathien für Russland, für die russische Kultur oder russische Geschichte habe, wird das sofort als «prorussisch» definiert – also gleich «Putinverstehen». Die Bezeichnung «prorussisch» – «Du bist prorussisch» – muss doch nicht heissen, dass ich alle und alles gut finde, was in Russland existiert. Auch Russland hat seine Mängel. Aber Deutschland hat auch seine Mängel, und Frankreich und die USA auch. Es gibt tatsächlich viele, die ein Verständnis für die aufkommenden Probleme haben, die Antworten bekommen wollen auf die Fragen, wieso, weshalb, warum das alles geschieht. Also die lehnen die Russen nicht ab, aber es besteht die Gefahr, sofort als prorussisch gebrandmarkt und sofort im negativen Sinne betrachtet zu werden. Und ich denke, man muss viel bewusster darüber reden.»**

Wenn wir schon über Stereotypen und Einstellungen reden, die in der europäischen Gesellschaft heute dominieren, und angesichts der Tatsache, dass Sie häufig die verfügbaren russischen Medien verfolgen: Wie erklären Sie sich das Phänomen, dass fast alle russischen Medien im Westen und in Deutschland selbst, einschliesslich RT DE, geschlossen und verboten sind, dass es absolut keine Möglichkeit gibt, einen anderen Standpunkt zu hören, ohne dass der sofort als «russische Propaganda» bezeichnet wird? Ist solch eine Gleichsetzung möglich, und wie bewerten Sie das einerseits als Medienkenner, andererseits als Wirtschaftswissenschaftler, der an verschiedenen GIZ-Projekten in vielen Balkanländern beteiligt war, am Ende unseres Gesprächs?

**«Offensichtlich unterliegen wir einer Mediendiktatur. Das möchte ich einfach als zusammenfassende Antwort dazu sagen. Es gibt Menschen, die tatsächlich interessiert sind. Sie wissen oft gar nicht, wo sie gucken können, wie sie an Informationen herankommen könnten, weil die nicht mehr frei zugänglich sind. Viele Bürger möchten einfach zugängliche Antworten auf zahlreiche Fragen haben, statt sich stundenlang vor den Computer setzen, um zu suchen, wo es welche Informationen gibt. Es ist gar nicht so einfach, die vielen medialen Sperren, die es inzwischen auch gegen RT gibt, zu umgehen. Ich muss auch immer wieder mal suchen, wie ich an die Informationen herankomme. Ich bin auch nur Otto Normalverbraucher und kein Spezialist. Manchmal dauert die Suche nach solchen Informationen länger. Ich halte es tatsächlich für mehr als fraglich, problematisch und gefährlich, dass die freie Meinungsäusserung dermassen unterdrückt wird. Und wenn jemand etwas öffentlich dagegen sagt, dann wird er sofort diffamiert. Das erinnert mich an die schrecklichsten Zeiten in der deutschen Geschichte.»**

Quelle: <https://freeassange.rtdeme/gesellschaft/170039-wie-begreifen-menschen-in-ost-und-west-die-zeitenwende-in-den-deutsch-russischen-beziehungen/>



Matthias Meisner

@MatthiasMeisner · Folgen



Hermann Winkler, Vizepräsident des @DFB und früherer @cdusachsen-Politiker, nennt den ukrainischen Präsidenten @ZelenskyyUa einen „ehemaligen ukrainischen Schauspieler“. Ohne Worte (via @jonas64ce)



Gefällt 24 Mal

hwinklersachsen Berlin heute morgen. Dank Allgemeinverfügung auf Grund des Besuchs eines ehemaligen ukrainischen Schauspielers ist die City weitestgehend abgeriegelt, die Spree für Touristen teilweise gesperrt....

Im Treptower Park ist noch ruhig-noch steht das Ehrenmal zum Gedenken aller Kriegsoffer ....

4:35 nachm. · 14. Mai 2023





Während ein #Trump oder #Putin regelrecht entmenslicht werden darf, herrscht nun Aufregung im versifften links-woken Lager, weil Hermann Winkler - Vizepräsident des DFB Selenskyj als das bezeichnet was er war (und ist). Einen Schauspieler! Und sofort beginnt die #Hexenjagd.

10:22 vorm. · 15. Mai 2023



Nur eine Minderheit verteidigte in der Öffentlichkeit Winkler als ehemaligen CDU-Politiker und Europaabgeordneten. So schrieb ein Kommentator:

**«Während ein Trump oder Putin regelrecht entmenslicht werden darf, herrscht nun Aufregung im versifften links-woken Lager, weil Hermann Winkler – Vizepräsident des DFB – Selenskyj als das bezeichnet was er war (und ist). Einen Schauspieler! Und sofort beginnt die Hexenjagd.»**

In welchem Rahmen und welches Gremium des DFB ein Gespräch mit Winkler führen möchte, ist derzeit noch nicht näher bekannt gemacht worden.

Quelle: <https://freeassange.rtdeme.me/inland/170102-majestaetsbeleidigung-dfb-vize-nennt-selenskyj/>

## Der Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland ist gescheitert Die britische Establishment-Presse gibt die Niederlage reumütig zu

John V. Walsh

Die USA haben mit ihren EU-Vasallen im Schlepptau einen zweigleisigen Angriff auf Russland unternommen. Der erste ist Joe Bidens grausamer Stellvertreterkrieg gegen Russland, bei dem die Ukrainer auf zynische Weise als Kanonenfutter benutzt werden. Die zweite Säule ist der Sanktionskrieg, mit dem Russlands Wirtschaft zerstört werden soll.

Der Wirtschaftskrieg ist ein Fehlschlag. Russland hat gewonnen. Dieses Urteil stammt nicht von einer russlandfreundlichen Quelle, sondern von zwei bekannten britischen Publikationen. Die eine ist das älteste politische Magazin des Vereinigten Königreichs, «The Spectator». Die andere ist der «Daily Telegraph», ein britisches Massenblatt, das den Ukraine-Krieg unterstützt und stets die Kandidaten der Konservativen gefördert hat. Boris Johnson war einst Redakteur des «Spectator» und Kolumnist für den «Daily Telegraph».

Dieser Autor, der kein Anhänger der britischen Presse ist, wurde von Alexander Mercouris auf beide Artikel aufmerksam gemacht, der sie auf seinem eigenen YouTube-Kanal hier und, zusammen mit seinem Partner Alex Christoforou, auf dem Duran-Kanal hier diskutiert. (Ich kann diese Seiten mit ihren täglichen Beiträgen zur Geopolitik mit Schwerpunkt auf der Krise in der Ukraine und Europa nur wärmstens empfehlen).

### Der Spectator gesteht sein Scheitern im Wirtschaftskrieg gegen Russland ein

Der erste Artikel des Spectator mit dem unverblühten Titel «Warum der Wirtschaftskrieg gegen Russland gescheitert ist» lautet auszugsweise:

«Die andere Säule hat sich jedoch als stumpf erwiesen: Der Plan, einen Wirtschaftskrieg gegen Moskau zu führen, der finanzielle Schocks in einem nie zuvor gesehenen Ausmass auslöst. Russland sollte fast vollständig abgeschnitten werden, mit Sanktionen und Boykotten für alle Importe und Exporte mit Ausnahme von humanitären Gütern wie Medikamenten. Putins Russland, so die Theorie, würde bis zur Kapitulation verarmt werden. (Die Brutalität der Phrase «bis zur Kapitulation verarmt» passt so leicht auf die Seite dieses Stücks, weil es das übliche westliche imperiale Verhalten ist, das jetzt normalisiert wurde. ~ jw)

«Nur wenige Menschen im Westen sind sich bewusst, wie schlecht dieser Aspekt des Krieges läuft. Europa hat selbst einen hohen Preis gezahlt, um einen teilweisen Boykott von russischem Öl und Gas durchzusetzen. ...»

«Es wurde schnell klar, dass der Westen zwar an einem Wirtschaftskrieg interessiert war, der Rest der Welt jedoch nicht. Als die Öl- und Gasexporte nach Europa zurückgingen, steigerte Russland schnell seine Ausfuhren nach China und Indien – die beide lieber Öl mit Preisnachlässen kauften, als sich gegen die Invasion in der Ukraine zu wehren. Schlimmer noch: Ein Teil des russischen Öls, das nach Indien exportiert wurde, scheint nach Europa weitergeleitet worden zu sein, denn die Zahl der Schiffe, die raffiniertes Öl aus Indien durch den Suezkanal transportieren, ist gestiegen.

«Der Westen hat seinen Sanktionskrieg mit einer übertriebenen Vorstellung von seinem eigenen Einfluss in der Welt begonnen. Wie wir festgestellt haben, fehlt den nicht-westlichen Ländern der Wille (sic!), Sanktionen gegen Russland oder gegen russische Oligarchen zu verhängen. Die Ergebnisse dieser Fehlkalkulation

sind für alle sichtbar. Im April letzten Jahres prognostizierte der IWF, dass die russische Wirtschaft im Jahr 2022 um 8,5 Prozent und in diesem Jahr um weitere 2,3 Prozent schrumpfen würde. Tatsächlich ist das BIP im vergangenen Jahr nur um 2,1 Prozent gesunken, und für dieses Jahr rechnet der IWF mit einem leichten Anstieg von 0,7 Prozent. ... Die russische Wirtschaft wurde nicht zerstört; sie wurde lediglich neu konfiguriert, neu ausgerichtet, um nach Osten und Süden statt nach Westen zu schauen.»

### **Der Telegraph-Artikel gesteht das Scheitern des Wirtschaftskriegs gegen Russland ein**

Der zweite Artikel, diesmal im Daily Telegraph, zeichnet ein ebenso düsteres Bild:

«Russland sollte bereits kollabiert sein. Der Plan Grossbritanniens, Amerikas und Europas war, dass drastische Handels-, Finanz- und Technologiesanktionen, eine Begrenzung des Preises für russisches Öl auf dem Seeweg und umfangreiche Hilfe für die Ukraine ausreichen würden, um Moskau zu besiegen. Es hat nicht funktioniert. Trotz aller Opfer des ukrainischen Volkes ist der Krieg in eine Patt-Situation geraten, zumindest bis zur Gegenoffensive Kiews.»

«Der Grund? China hat sich still und leise eingemischt und Putins zerrüttete Wirtschaft im grossen Stil gerettet, indem es Energie und Rohstoffe gegen Waren und Technologie getauscht hat. Die Sanktionen sind ein Scherz. Der russisch-chinesische Handel stieg in den ersten vier Monaten des Jahres um 41,3 Prozent auf 73,5 Milliarden Dollar und finanzierte damit Putins Krieg. Chinas Exporte nach Russland stiegen allein im April 2023 um 153 Prozent; ihr Anstieg gleicht den Rückgang im deutschen und französischen Handel mehr als aus, wie Robin Brooks vom Institute for International Finance feststellt. Auch mit Weissrussland, Kasachstan, Georgien und der Türkei, die alle einen leichten, durchlässigen Zugang zu Russland haben, ist der chinesische Handel in die Höhe geschossen.»

«Kein Wunder, dass die russische Gesellschaft noch nicht implodiert ist. In Moskau gibt es zwar keinen McDonald's mehr, aber der Absatz chinesischer Autos boomt. Man sagte uns, Russland könne ohne westliche Technologie nicht überleben, aber es wechselt stattdessen zu den konkurrierenden Systemen Chinas." Mercouris beschreibt den Ton dieser Artikel als verbittert. Und in der Tat scheint es, als hätten die Angelsachsen einige sehr bittere Früchte der Niederlage zu schmecken bekommen.

### **Nach drei Wirtschaftsangriffen der USA geht Russland nach Osten**

Es ist das dritte Mal seit dem Ende des Kalten Krieges 1.0, dass die USA versucht haben, die russische Wirtschaft zu zerstören. Der erste Versuch wurde von Bill Clinton in den 90er Jahren unternommen und führte zu einer tieferen und länger andauernden Depression als die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, mit einem Rückgang des BIP um 43% und einer Verkürzung der Lebenszeit um vier Jahre. Das ist die Grausamkeit der Wirtschaftskriegsführung.

Der zweite kam nach dem von den USA unterstützten Putsch in der Ukraine 2014 und dem Beschuss des Donbass mit dem anschliessenden Referendum auf der Krim und ihrer Wiedereingliederung in Russland, was den perfekten Vorwand für brutale Sanktionen gegen Russland lieferte. Russland hat gelernt, mit diesen Sanktionen umzugehen, was ein Grund dafür ist, dass es sich den aktuellen Sanktionen erfolgreich entziehen konnte. Das jetzige Scheitern ist das dritte. Es ist kaum verwunderlich, dass Russland genug hat und sich entschlossen China und den anderen dynamischen Volkswirtschaften Ostasiens zuwendet.

In beiden Artikeln, vor allem aber in dem des «Telegraph», wird China dafür verantwortlich gemacht, dass sich Russland erfolgreich dem imperialen Rachen des Westens entziehen konnte. Der Titel des «Telegraph»-Artikels lautet: «Xi Jinping läuft die Zeit davon und er weiss es». Obwohl China (mit dem Rest des globalen Südens an der Spitze) der «Great Enabler» war, der es Putin ermöglichte, sich nach Osten zu orientieren, läuft ihm nach dieser Ansicht die Zeit davon. Bald wird China seinen Höhepunkt erreichen und den Abstieg einleiten – eine Vorhersage, die wir im letzten Vierteljahrhundert immer wieder gehört haben, die aber noch nicht eingetreten ist.

In dieser Erzählung erscheint Russland immer als unglücklich kolonisierte Nation mit China als dem gerissenen Oberherrn. Die einzige Möglichkeit ist ein Ergebnis, bei dem beide Seiten gewinnen, was uns mehr über die Weltsicht des Westens verrät als alles andere. Die Idee einer multipolaren Welt, in der alle Seiten gewinnen und die Nationen als souveräne Gleichberechtigte respektiert werden, gehört einfach nicht zum Vokabular des Westens. Hoffen wir, dass sich das ändert, bevor wir uns in einem Atomkrieg verausgaben oder uns so sehr mit Krieg und Konflikten beschäftigen, dass wir es versäumen, uns mit den drohenden Gefahren für unser Überleben auseinanderzusetzen.

erschienen am 16. Mai 2023 auf > Antiwar.com

Quelle: [https://antikrieg.com/aktuell/2023\\_05\\_16\\_derwirtschaftskrieg.htm](https://antikrieg.com/aktuell/2023_05_16_derwirtschaftskrieg.htm)

## Deutsche Raketenabwehrsysteme mit KI an die Ukraine geliefert / Die dritte militärische Revolution kommt, auch wenn deutsche Politiker das nicht wollen

*Erstellt von Hans-Georg Münster, 15 Mai 2023*



*Bild: depositphotos*

Seitdem eine Künstliche Intelligenz namens ChatGPT in Deutschland anbietet, Gedichte zu verfassen, ist das ganze Land von einer beträchtlichen Unruhe erfasst worden. Etliche Politiker fordern inzwischen eine Regulierung, wenn nicht gar ein Verbot Künstlicher Intelligenz, und auch im militärischen Bereich soll ihre Nutzung drastisch eingeschränkt oder am besten auch verboten werden. Dass Deutschland die Ukraine mit dem Luftabwehrsystem Patriot beliefert hat, das bereits mit Künstlicher Intelligenz arbeitet, ist in diesem Zusammenhang aber bisher niemandem aufgefallen.

In Geschichte wurde jede neu erfundene Technik zuerst für Waffen eingesetzt, denn im militärischen Bereich ist immer genug Geld für neue Waffen vorhanden. Und so widmen sich die Rüstungsindustrien vieler Länder seit Jahren schon der Neuentwicklung und Weiterentwicklung vollautomatischer Waffensysteme, für die sich der Begriff LAWS (Lethal Autonomus Weapon Systems) gefunden hat. Solche Systeme sind in der Lage, ohne menschliche Einwirkung den gesamten Prozess bis zur Zielerreichung zu durchlaufen. Eine ganze Reihe von derartigen Systemen wird bereits von der Industrie angeboten. Besonders weit ist etwa die israelische Drohne Harpy, die völlig autonom feindliche Radarstellungen ausschalten und damit die eigenen Flugzeuge gegen die gegnerische Luftabwehr schützen kann. Mit künstlicher Intelligenz arbeiten aber auch die russische Drohne KUB-BLA sowie Drohnen aus China, Grossbritannien und Frankreich. Im Luftwaffen-Bereich wird an Drohnen gearbeitet, die Kampfflugzeuge begleiten und flankieren. Greift ein feindliches Flugzeug an, stürzen sich die Drohnen vollautomatisch auf den Angreifer. Schiffe der westlichen Marinen verfügen oft über das KI-Abwehrsystem Aegis: Wird so ein Schiff angegriffen, entscheidet die KI selbständig, welche Waffen wann zur Abwehr eingesetzt werden.

Dass deutsche Waffensysteme, darunter auch das an die Ukraine gelieferte Patriot-System, grundsätzlich zur Autonomie in den kritischen Funktionen befähigt sind und somit vollautonom tätig werden, bestätigt Frank Sauer von der Universität der Bundeswehr in München: «Das fiel bisher, salopp gesagt, bloss niemandem besonders auf. Jetzt, da Vollautonomie zunehmend auch in anderen mobilen Systemen Einzug hält, werden ihre Implikationen deutlich.» Sauer erinnert in einem Aufsatz für die Bundesakademie für Sicherheitspolitik daran, dass Autonomie übrigens nicht an einzelne konkrete Waffensysteme gebunden ist. Die Autonomie ermöglichende «Intelligenz» könne in einem Verbund aus Waffensystemen oder in einem Schwarm verteilt sein. Daher könne zwischen autonomen und nichtautonomen Waffensystemen eigentlich nicht mehr unterschieden werden. Man werde künftigen Waffensysteme nicht ansehen können, wie autonom sie seien.

Wie recht Sauer mit seiner Einschätzung hat, wird zum Beispiel an einem Arbeitspapier des deutschen Heeres zur künstlichen Intelligenz deutlich, in dem versichert wird, man sei an LAWS-Systemen nicht interessiert, und deren Einführung sei auch nicht vorgesehen. Nach der gebräuchlichen LAWS-Definition verfügt die Bundeswehr allerdings längst über solche Systeme.

Allerdings hat die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz im militärischen Bereich jetzt ein atemberaubendes Tempo angenommen. Können die bisherigen KI-Systeme nur eng umrissene Aufgaben erfüllen wie zum Beispiel eine feindliche Radarstellung ausschalten oder angreifende Raketen abschiessen, ist die heutige KI überfordert, wenn sich die Situation verändert. Es wird daher an der Entwicklung des «maschinellen Lernens» (ML) gearbeitet. Das sind Systeme, die aus früheren Gefechten lernen und sich an die örtlichen Gegebenheiten und Umstände schnell anpassen, auch wenn sie in diesen Räumen noch nie im Einsatz waren. Ein weiteres Feld ist die sogenannte Schwarmtechnologie, die in einem Bundeswehr-Papier beschrieben wird. Das Papier liest sich wie ein Science-Fiction-Buch.

Geschildert wird in dem Bundeswehr-Papier ein Einsatz in der Zukunft, bei dem zunächst die eigene Künstliche Intelligenz einen Angriff aus dem Cyberraum auf das Netzwerk einer Bundeswehr-Einheit abfangen kann. Die Einheit der Bundeswehr, die eine wichtige Infrastruktureinrichtung verteidigen soll, wird jedoch dann von feindlicher Infanterie – unterstützt durch Drohnenangriffe – angegriffen. Befohlen wird daraufhin der Einsatz eines TaUAS-Bataillons (Tactical Unmanned Aerial System). Von dem mobilen Bataillon werden 5000 Drohnen zum Einsatz gebracht, die feindliche Kräfte erkennen und beobachten, die Kommunikation des Gegners stören und feindliche Drohnen sowie die Truppen selber unter Beschuss nehmen können. In dem Bundeswehr-Szenario gelingt es, den Feind zurückzuwerfen und die zu sichernde Stellung zu halten. «Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Autonomie werden massiven Einfluss haben, daher sind diese Themen ein Schwerpunkt der Weiterentwicklung von Landstreitkräften», heisst es in dem Bundeswehr-Papier.

Von der deutschen Politik sind in dieser Hinsicht allerdings keine Initiativen zu erwarten. Über zehn Jahre haben Politiker darüber gestritten, ob überhaupt kampffähige Drohnen beschafft werden sollen. Die geplante Beschaffung der Beobachtungsdrohne «Euro Hawk» geriet zum Desaster, weil die Drohne keine Zulassung für den zivilen Luftraum bekam. Ein Euro Hawk-Exemplar kommt jetzt ins Luftwaffenmuseum in Berlin-Gatow – als sichtbarer Beleg für die mangelnde Zukunftsfähigkeit der deutschen Streitkräfte. Eine Beschaffung von Schwarmtechnologie, wie sie im Szenario der Bundeswehr beschrieben wird, erscheint vor diesem Hintergrund in Deutschland als äusserst unwahrscheinlich. Es heisst schliesslich auch im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP: «Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten.»

Flankiert wird diese Haltung von einer öffentlichen Debatte, in der vor «Killerrobotern ausser Kontrolle» gewarnt wird, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung kürzlich schrieb. Das Europäische Parlament arbeitet bereits an einer Regulierung von KI. Deutsche Wissenschaftler verfassten einen gemeinsamen Appell, in dem sie ihre tiefe Besorgnis über die Entwicklung autonomer Waffensysteme zum Ausdruck bringen: «Eine Übertragung der Entscheidungsgewalt über Leben und Tod an Maschinen lehnen wir kategorisch ab», heisst es in dem Appell. Die Kritiker sehen durch die Künstliche Intelligenz die dritte Revolution der Kriegsführung kommen. Die ersten beiden Revolutionen waren die Atombombe und die Erfindung des Schiesspulvers.

Während die Debatte in Deutschland von Bedenkenträgern beherrscht wird, nehmen andere Länder von Israel über Russland bis zu den USA keine Rücksicht auf solche Einwände. In den USA ist eine der führenden Firmen im Bereich militärischer Künstliche Intelligenz L3 Harris. Dort wird heute schon im Auftrag des Pentagon daran gearbeitet, den Militärsystemen maschinelles Lernen (ML) beizubringen. Die Systeme sollen in die Lage versetzt werden, aus unübersichtlichen Mengen an Informationen die wichtigen herauszufinden, Fake News zu erkennen und die gesammelten Datenmengen schnell in wichtige Informationen für autonome Operationen umzuwandeln. L3 Harris arbeitet daran, mit seinen Systemen zum Beispiel die Absichten von Schiffen oder Flugzeugen zu erkennen, zu verfolgen und zu bewerten.

Schliesslich soll die KI per Datenanalyse genau vorhersagen können, wo sich die feindlichen Schiffe, U-Boote, Flugzeuge und Einheiten hinbegeben werden. Treffen diese dann am vorhergesagten Ziel ein, ist die Abwehr bereits zur Stelle. Das wäre wirklich die Revolutionierung der Kriegsführung.

*Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»*

*Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/deutsche-raketenabwehrsysteme-mit-ki-an-die-ukraine-geliefert-die-dritte-militaerische-revolution-kommt-auch-wenn-deutsche-politiker-das-nicht-wollen/>*

## **Berlin in Nibelungentreue zu Kiew / Die neue grüne Liebe zu Amerika / US-Einrichtungen finanzieren das grüne Umfeld / korruptionsgeflecht in der Berliner Regierung**

*Von Hans-Georg Münster, 8 Mai 2023 Erstellt von Hans-Georg Münster*





Sie ist wieder da, die Nibelungentreue. Sie stammt aus alten deutschen Sagen, und der Begriff bekam in der Politik eine besondere Bedeutung, als Reichskanzler Bernhard von Bülow 1909 das Verhältnis des deutschen Kaiserreiches zur österreich-ungarischen Doppelmonarchie als Nibelungentreue beschrieb. Neben anderen Dingen war diese Nibelungentreue in einer Zeit zunehmender Isolierung Deutschlands in Europa der Grund für den apokalyptischen Ritt in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs. Schaut man in diesen Tagen auf Berlin, kommt wieder das Gefühl auf, dass aus der verhängnisvollen deutschen Geschichte nichts gelernt wurde. Diesmal gilt die deutsche Nibelungentreue der Ukraine: Es dürfe keine Zweifel daran geben, dass Deutschland «fest an der Seite der Ukraine» stehe, versicherte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bei einem Besuch in Kiew, wo er Ausfuhrgenehmigungen für Leopard 1-Panzer und für weiteres Kriegsgerät zur Ausstattung von mindestens drei Bataillonen ankündigte. «Wir sind im Plan», lobte Pistorius. Auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) betonte bei einem Besuch in Paris, Frankreich und Deutschland stünden eng an der Seite der Ukraine. Die Ukraine gehöre «zur europäischen Familie», so der Kanzler. Er ignorierte offenbar, dass der französische Präsident Emmanuel Macron in Peking bei der chinesischen Regierung differenziertere Töne von sich gab, als dort die Rede auf Kiew kam. Der gallische Hahn ist traditionell sehr wendefähig, lauten Lehren aus der Geschichte, die die Bundesregierung offenbar vergessen hat.

Die Nibelungentreue zur Regierung in Kiew wird in Berlin von einem wahren Trommelfeuer von Journalisten begleitet, die jeden Aufruf gegen Waffenlieferungen entweder als ein Werk von Parteigängern Putins oder von faschistischen Kräften niederschreiben. So wurden ein von Hunderttausenden unterzeichneter Aufruf der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht und der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer sowie ähnliche Aufrufe von Wissenschaftlern und Künstlern erst als dummes Geschwätz abgekanzelt und gerieten dann schnell in Vergessenheit. Inzwischen stellte ein Kolumnist des Nachrichtenmagazins «Spiegel», Thomas Fischer, in einem Aufsatz die Frage: «Gibt es irgendeinen vor dem Wahrheitsgebot bestehenden Grund, dass über den Konflikt der Ukraine mit Russland ausschliesslich Ukrainer und amtlich beglaubigte Russenhasser berichten sollten, um die Wahrheit zu enthüllen?»



Statt sachlicher Antworten gab es auf die Frage des Kolumnisten nur wutentbrannte Kommentare einiger Journalisten, was die alte Volksweisheit bestätigt, dass getretene Hunde bellen. Tatsächlich hätten objektiv berichtende frühere deutsche Journalisten wie Peter Scholl-Latour oder Gabriele Krone-Schmalz (frühere ARD-Korrespondentin in Moskau) ein wesentlich differenzierteres Bild des Konflikts gezeichnet, während in den heutigen täglichen Propagandaergüssen in den deutschen Nachrichten einzelne Sabotageanschläge auf russischem Territorium bereits als die «Gegenoffensive der Ukraine tief in Russland» dargestellt werden. Das ist etwa so, als wenn der Angriff halb verhungelter deutscher Wehrmachtssoldaten im März 1945 von der noch besetzten britischen Kanalinsel Jersey aus auf die französische Hafenstadt Granville als Beginn eines neuen deutschen Frankreichfeldzuges dargestellt worden wäre.

Die übergrosse Mehrheit der deutschen Journalisten ist dem grünen Milieu zuzurechnen, das jedoch eine drastische Veränderung erfahren hat. Stammten die Gründungsväter der Grünen noch aus der amerikafeindlichen Anti-Vietnamkriegs- und Anti-NATO-Bewegung, so hat sich der Wind mit Beginn der Amtszeit des demokratischen US-Präsidenten Joe Biden um 180 Grad gedreht. Die Grünen sind heute eine amerika-hörige Partei, deren Führung mit ihrem Einfluss auf Medien und über in zahlreichen politischen Vorfelddorganisationen und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) verankerte Gesinnungsgenossen die öffentliche Meinung in Deutschland komplett beherrschen. Hätte der Grünen-Politiker Jürgen Trittin, der durchaus der nächste Bundespräsident werden könnte, während der Amtszeit des republikanischen Präsidenten Donald Trump gesagt, die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu den USA befänden sich in einer «Honeymoon-Phase», seine grünen Parteifreunde hätten ihn für verrückt erklärt. Ende des letzten Jahres konnte Trittin via Pressedienst des Deutschen Bundestages sogar verbreiten, die USA seien das Land, dem Deutschland so viel verdanke: Wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und seine freiheitlich-demokratische Staatsform. Und wenn Aussenministerin Annalena Baerbock (Grüne) die Hauptstädte der Welt bereist und anderen Regierungen wie zuletzt der in China erklärt, wie Menschenrechte einzuhalten sind, dann entsteht der Eindruck, es mit einer Kinderpuppe zu tun zu haben, die die einstudierten Phrasen des State Departments in Washington in schlechtem Englisch wiederholt.





Die Leistungen der USA sind unbestritten. Sie hatten im Kalten Krieg aber auch den strategischen Zweck, die Bundesrepublik nicht in die (lange von der SPD geforderte) Neutralität abgleiten zu lassen. Was Trittin bewusst ausblendet und Baerbock vermutlich nicht einmal weiss, ist eine andere historische Wahrheit. Der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage lag in Moskau, und Helmut Kohl konnte ihn 1989/90 aus dem Kreml abholen und die staatliche Einheit Deutschlands wiederherstellen. Dankbarkeit ist zwar keine politische Kategorie, aber deshalb müssen nicht gleich alle Tischtücher durchgeschnitten und Gesprächskontakte abgebrochen werden. Der die Beziehungen zu den USA pflegenden deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe gehören neben Trittin über 100 Bundestagsabgeordnete an; eine deutsch-russische Parlamentariergruppe existiert nicht einmal. Dabei sind Gespräche immer der erste Schritt hin zu einem Ende von Kampfhandlungen. Waffenlieferungen verlängern sie.

Aber wie war es möglich, dass ein Land wie Deutschland sich aussenpolitisch auf einen intellektuellen Schmalspurkurs begibt und seine wichtigsten Interessen, wie eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen, vergisst? Die Antwort auf diese Frage findet sich in Amerika. Grosse amerikanische Stiftungen wie die «Open Society Foundation» des Milliardärs George Soros haben ihre Strategie in den letzten Jahren geändert und gehen jetzt aggressiver vor. Das Schlüsselwort heisst «Impact Investing», was bedeutet, dass zum Beispiel Klimaschutzinitiativen wie in Berlin die «Agora Energiewende» oder Greenpeace mit Millionenbeträgen unterstützt werden. Deutsche Organisationen, die sich für die Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen, für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine sowie für Energieunabhängigkeit von Russland (was einer Importförderung von LNG-Erdgas aus USA gleichkommt) aussprechen, werden mit Millionenbeträgen unterstützt. Viele dieser Stiftungen und Institute meiden die Öffentlichkeit und ankern direkt bei den Zielorganisationen in den Bestimmungsländern an. Zu den wenigen bekannten Einrichtungen gehört das Aspen-Institut in Deutschland, eine Denkfabrik aus den USA, die das Ziel hat, «die transatlantische Gemeinschaft und das Ideal einer freien und offenen Gesellschaft» zu fördern. Grosse Teile der deutschen politischen und wirtschaftlichen Elite sind in der «Atlantik-Brücke» organisiert. Dort sorgt der frühere Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) dafür, dass das Image von Uncle Sam gepflegt wird.



Wie weit das pro-amerikanische Spinnennetz in Berlin reicht und wie engmaschig es ist, wurde in den letzten Tagen in einem der Aussenpolitik benachbarten Politikbereich deutlich. Im Wirtschaftsministerium von Minister Robert Habeck (Grüne) wurde ein Korruptionsnetzwerk mit Günstlingswirtschaft zwischen Verwandten aufgedeckt, das alles hat, was deutsche Medien sonst bei Putin und seinen Freunden in Moskau vermuten würden, aber nicht bei den Grünen in Berlin. Gäbe es solche Korruptionsfälle in Ungarn oder Polen, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wäre schon persönlich eingeschritten. Aber wenn es um Deutschland geht, ist die EU blind, und die Berliner Justiz will die «grüne Korruption» (so der bayrische Ministerpräsident Markus Söder) bisher nicht sehen. So sollte ein guter Freund und Trauzeuge von Habecks Staatssekretär Patrick Graichen (Grüne) einen hochbezahlten Posten in einer staatsgeförderten Energiewendeeinrichtung bekommen. Verwandte dieses Staatssekretärs sind bei «Agora Energiewende» oder anderen den Grünen nahestehenden Stiftungen und Organisationen tätig, die Aufträge von der Regierung erhalten. Die Stiftungen und Organisationen sind wiederum die Personalreserve für die laufende grüne Unterwanderung der Ministerien. Und hier schliesst sich der Kreis: Der von US-Konzernen wie HP finanzier-

te «Climate Emergency Fund» des Amerikaners Hal Harley hat in Berlin mindestens 12,5 Millionen Euro für Agora Energiewende und andere den Grünen nahestehende Organisationen zur Verfügung gestellt. Harley und Graichen sind bestens miteinander bekannt. Was hier zu erleben ist, ist das geschilderte «Impact Investing». Die Zielsetzung von Harleys «Climate Emergency Fund», die Dekarbonisierung, deckt sich mit einem wichtigen Ziel der US-Politik, womit wieder die Aussenpolitik ins Spiel kommt.

Dekarbonisierung heisst letztlich nichts anderes, als auf die Lieferung von Kohle, Öl und Gas aus Russland zu verzichten. Der grüne Minister Habeck ist dabei, in Deutschland zur Verwirklichung dieses Ziels eine Pflicht zum Einbau von Wärmepumpen durchzusetzen, Gas- und Ölheizungen will er verbieten. Ausgerechnet jetzt kauft der amerikanische Konzern «Carrier Global» die Wärmepumpensparte des bedeutenden deutschen Herstellers Viessmann. Der Aktienkurs des US-Unternehmens hat sich in den letzten zwei Jahren mehr als verdoppelt, was die Vermutung nährt, dass schon länger an der Wärmepumpen-Pflicht geplant wurde und Think Tanks an der amerikanischen Ostküste und in Berlin gemeinsame Sache machen. Während die deutsche Regierung den von China beabsichtigten Kauf eines Terminals im Hamburger Hafen wieder verzögert, liess Kanzler Olaf Scholz den Ausverkauf deutscher Heizungstechnik an «Carrier Global» sogar noch als «gute Nachricht» bezeichnen. Ausdruck der amerikahörigen deutschen Politik ist auch, dass vor allem US-Anbieter LNG-Gas über die schnell errichteten Terminals an Nord- und Ostsee liefern und sich eine goldene Nase zu Lasten des deutschen Steuerzahlers verdienen.



Geleakte Dokumente aus Computern des Pentagons, die ein schlechtes Bild auf die Zustände in der ukrainischen Regierung und auch in der ukrainischen Armee werfen, haben in der internationalen Publizistik, nicht aber in deutschen Medien, für grosse Aufregung gesorgt. Der amerikanische Publizist Stephan M. Walt schrieb nach Sichtung der Dokumente, es sei unwahrscheinlich, dass die schlecht ausgerüsteten und schlecht trainierten ukrainischen Streitkräfte, die sich jetzt für eine Frühjahrsoffensive rüsten würden, weitreichende Erfolge gegen die russische Verteidigung erzielen würden: «Was die Ukraine braucht, ist Frieden und keinen langwierigen Zermürbungskrieg gegen einen bevölkerungsreicheren Gegner.»

Diese und andere Warnungen wurden und werden in Berlin in den Wind geschlagen. So ist das mit der Nibelungentreue. 1919 endete sie für Deutschland in Versailles und für Österreich-Ungarn mit dem Untergang. Und jetzt?

Bilder: depositphotos

*Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»*

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/berlin-in-nibelungentreue-zu-kiew-die-neue-gruene-liebe-zu-amerika-us-einrichtungen-finanzieren-das-gruene-umfeld-korruptionsgeflecht-in-der-berliner-regierung/>

## Skuril ...

Heute, am Sonntag, den 14. Mai 2023, ca. 11.00, brachte ich, Madeleine, Billy einen Kaffee in sein Büro, und da sahen wir auf einem seiner Überwachungsbildschirme, der den Bereich vor dem Hauseingang aufzeigt, eine in Weiss gekleidete Gestalt, die etwas ca. 70 bis 80 cm über dem Boden schwebte. Es war ein Mensch, der etwas zusammengekauert schätzungsweise etwa 150 cm gross völlig, wie gesagt, ganz in Weiss gehüllt war und in eine Art Overall mit Kapuze trug. Es war wirklich ein Mensch, und dieser schwebte in leichter Schiefelage über dem Boden; sein Gesicht jedoch konnten wir nicht richtig sehen, so also auch sein Profil nicht, denn es war nicht genau sichtbar, dies weil uns die Gestalt nahezu den Rücken zukehrte. Erst verweilte sie reglos, doch dann bewegte sie sich minim.

Sogleich wollte ich mich am Ort des Geschehens von der Existenz der Person mit eigenen Augen überzeugen, weshalb ich sofort nach draussen ging, doch wie das so üblich ist und oft im Center geschieht, war niemand vor dem Haus zu sehen, obwohl die Gestalt noch immer auf dem Bildschirm zu sehen war, als ich ins Büro zurückkehrte. Dann jedoch veränderte die in Weiss gekleidete Gestalt ihre kauernde Position

in die Senkrechte, um kurz darauf unvermittelt zu verschwinden und sich sozusagen in Luft aufzulösen. Das ganz Geschehen mag sich über einen Zeitraum von 4 bis 5 Minuten erstreckt haben. Es verhielt sich genau gleich, wie Billy, Mark, Hartmut und Brigitt das am 20. März 2023 erlebt hatten, was Brigitt damals in einem kleinen Artikel festhielt. Auch diesmal, geschah das gleiche wie immer, wenn sich solche Dinge begeben haben, nämlich, dass hinterher in den Aufzeichnungen des gespeicherten Bildmaterials nichts davon zu sehen war, weil jeweils wohl die Gestalten auf den Bildschirmen zu sehen waren, doch nicht aufgezeichnet wurden, wie das schon oftmals geschehen ist, was von diversen Beobachtern bezeugt werden kann.

Madeleine Brügger

## Wie die NATO die europäische Linke verführte

*uncut-news.ch, Mai 23, 2023*

**Die Antikriegsbewegung ist auf einen progressiven Zirkus hereingefallen**



Im Januar 2018 gab NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine noch nie dagewesene Pressekonferenz mit Angelina Jolie. Während InStyle berichtete, dass Jolie «ein schwarzes schulterfreies Etuikleid, ein passendes Capelet und klassische Pumps (ebenfalls schwarz) trug», gab es einen tieferen Grund für dieses Treffen: Sexuelle Gewalt im Krieg. Die beiden hatten gerade gemeinsam einen Artikel für den «Guardian» mit dem Titel «Why NATO must defend women's rights» verfasst. Der Zeitpunkt war bezeichnend. Auf dem Höhepunkt der #MeToo-Bewegung war das weltweit mächtigste Militärbündnis zu einem feministischen Verbündeten geworden. «Die Beendigung der geschlechtsspezifischen Gewalt ist eine wichtige Frage des Friedens und der Sicherheit, aber auch der sozialen Gerechtigkeit», schrieben sie. «Die NATO kann bei diesen Bemühungen eine führende Rolle spielen.»

Dies war ein neues und fortschrittliches Gesicht für die NATO, das gleiche, mit dem sie seitdem einen Grossteil der europäischen Linken verführt hat. Zuvor mussten die Atlantiker in den nordischen Ländern Krieg und Militarismus an eine weitgehend pazifistische Öffentlichkeit verkaufen. Dies gelang zum Teil dadurch, dass die NATO nicht als räuberisches, kriegsbefürwortendes Militärbündnis, sondern als aufgeklärtes, «progressives» Friedensbündnis dargestellt wurde. Timothy Garton Ash schrieb 2002 im Guardian: «Die NATO ist zu einer europäischen Friedensbewegung geworden», in der man «John Lennon auf George Bush treffen» könne. Heute hingegen haben Schweden und Finnland nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine ihre langjährige Tradition der Neutralität aufgegeben und sich für eine Mitgliedschaft entschieden. Die NATO wird als ein Militärbündnis – und die Ukraine als ein Krieg – dargestellt, hinter dem selbst ehemalige Pazifisten stehen können. Alles, was ihre Befürworter zu singen scheinen, ist «Gebt dem Krieg eine Chance».

Die Jolie-Kampagne markierte in mehrfacher Hinsicht eine dramatische Wende in dem, was Katharine A.M. Wright und Annika Bergman Rosamond «das strategische Narrativ der NATO» nennen. Erstens setzte das Bündnis zum ersten Mal auf die Macht der Stars und verlieh seiner unscheinbaren Marke einen Hauch von Glamour und Schönheit. Jolies Starpower bedeutete, dass die verführerischen Bilder der Veranstaltung ein unpolitisches Publikum erreichten, das wenig über die NATO wusste. Zweitens schien die Partnerschaft eine Ära einzuläuten, in der Frauenrechte, geschlechtsspezifische Gewalt und Feminismus in der NATO-Rhetorik eine wichtigere Rolle spielen würden. Seitdem, und insbesondere in den vergangenen 12 Monaten, haben sich telegene weibliche Führungspersönlichkeiten wie die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin, die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock und die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas zunehmend als Sprecherinnen eines aufgeklärten Militarismus in Europa profiliert. Das Bündnis hat auch sein Engagement für die Populärkultur, neue Technologien und junge Influencer intensiviert.

Natürlich war die NATO schon immer sehr PR-bewusst und hat sich seit Langem mit Kultur, Unterhaltung und Kunst beschäftigt. Wer könnte das Album Distant Early Warning des Elektronik-Duos Icebreaker International aus dem Jahr 1999 vergessen, das mit finanzieller Unterstützung der nicht mehr existierenden

«NATOarts» aufgenommen wurde und von den Radarstationen entlang der nördlichen Peripherie Alaskas und Kanadas inspiriert ist, die gebaut wurden, um die NATO vor einem bevorstehenden sowjetischen Atomschlag zu warnen? Oder der von der NATO-Abteilung für öffentliche Diplomatie produzierte Spielfilm HQ aus dem Jahr 2007, der das Leben innerhalb des Bündnisses und eine fiktive diplomatische Reaktion auf eine Krise in dem fiktiven Staat Seismania zeigt? So ziemlich jeder, wie sich herausstellt. Aber was die jüngste strategische Wende der NATO so wirkungsvoll macht, ist, dass sie erfolgreich die fortschrittlichen lokalen Traditionen und Identitäten der Kandidatenländer aufgegriffen hat.

Keine politische Partei in Europa ist ein besseres Beispiel für den Wandel vom militanten Pazifismus zum glühenden Pro-Kriegs-Atlantizismus als die deutschen Grünen. Die meisten der ursprünglichen Grünen waren Radikale während der Studentenproteste von 1968 gewesen; viele hatten gegen amerikanische Kriege demonstriert. Die frühen Grünen setzten sich für den Austritt Westdeutschlands aus der Nato ein. Doch als die Gründungsmitglieder ins mittlere Alter kamen, begannen sich in der Partei Risse zu bilden, die sie eines Tages zerreißen sollten. Zwei Lager begannen sich herauszubilden: Die «Realos» waren die gemäßigten Grünen, politisch pragmatisch. Die «Fundis» waren das radikale, kompromisslose Lager; sie wollten, dass die Partei auf jeden Fall ihren Grundwerten treu bleibt.

Die Fundis waren überzeugt, dass dem europäischen Frieden am besten durch einen Austritt Westdeutschlands aus dem Bündnis gedient wäre, und tendierten zur militärischen Neutralität. Die Realos hingegen glaubten, dass Westdeutschland die NATO benötige. Sie argumentierten sogar, dass ein Austritt die Frage der Sicherheit wieder in die Hände des deutschen Nationalstaats legen würde und die Gefahr bestünde, dass der militaristische Nationalismus wieder aufflammt. Ihre NATO war ein postnationales, kosmopolitisches Bündnis, das zahlreiche Sprachen sprach und unter einer Vielzahl von Flaggen wehte, um Europa vor den destruktiven Impulsen Deutschlands zu schützen. Aber die NATO-Mitgliedschaft am Ende der Geschichte war eine Sache. Dass Deutschland wieder in den Krieg zieht – das verbotenste aller Tabus nach dem Zweiten Weltkrieg – war etwas ganz anderes.

Der Kosovo hat alles verändert. Im Jahr 1999 – dem 50. Jahrestag der NATO-Gründung – begann das Bündnis, das was der Wissenschaftler Merje Kuus eine «diskursive Metamorphose» genannt hat. Aus dem reinen Verteidigungsbündnis, das es während des Kalten Krieges war, wurde ein aktives Militärbündnis, das Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Frieden und Freiheit weit über die Grenzen seiner Mitgliedsstaaten hinaus verbreiten und verteidigen will. Die 78-tägige Bombardierung der Reste Jugoslawiens durch die NATO, angeblich um Kriegsverbrechen der serbischen Sicherheitskräfte im Kosovo zu stoppen, sollte die deutschen Grünen für immer verändern.

Auf einem chaotischen Parteitag im Mai 1999 in Bielefeld stritten Realos und Fundis erbittert über das Bombardement. Der grüne Aussenminister Joschka Fischer, der prominenteste Realo, unterstützte den Krieg der NATO; dafür wurde er von den Konferenzteilnehmern mit roter Farbe beworfen. Der Vorschlag der Fundis forderte eine bedingungslose Einstellung der Bombardierung, was auch den Zusammenbruch der grün-sozialdemokratischen Regierungskoalition (SDP) bedeutet hätte. Der Friedensvorschlag scheiterte und brachte die Antikriegsfraktion der Partei zum Scheitern, die daraufhin in Scharen die Grünen verliess. Stattdessen triumphierte die gemässigte Resolution der Realos mit einem komfortablen Vorsprung. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde die Bombardierung Jugoslawiens fortgesetzt. Mit der massgeblichen Unterstützung der Grünen flog die Luftwaffe Einsätze über Belgrad, 58 Jahre nach dem letzten Bombardement der serbischen Hauptstadt aus der Luft. Es war die erste deutsche Militäroperation in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine hat die deutsche Aussenministerin der Grünen, Annalena Baerbock, die Tradition Fischers fortgesetzt, indem sie Länder mit einer Tradition der militärischen Neutralität beschimpfte und sie aufforderte, der NATO beizutreten. Sie berief sich dabei auf Desmond Tutus Satz: «Wer sich in Situationen der Ungerechtigkeit neutral verhält, hat sich auf die Seite des Unterdrückers gestellt.» Und die Grünen haben sogar ihre eigenen verstorbenen Mitglieder ventriloziert, darunter Petra Kelly, eine Antikriegsikone und langjährige Verfechterin der Blockfreiheit, die 1992 starb. Vergangenes Jahr schrieb die Mitbegründerin der Grünen, Eva Quistorp, in der FAZ einen imaginären Brief an Petra Kelly. Der Brief entlehnt Kellys moralische Positionen und kehrt sie um, um die Kriegsbefürwortung der Grünen zu rechtfertigen. Quistorp will uns glauben machen, dass Kelly, wenn sie heute noch leben würde, eine NATO-Befürworterin gewesen wäre. An die Adresse der längst verstorbenen Kelly gerichtet, behauptet Quistorp: «Ich wette, Sie würden schreien, dass radikaler Pazifismus Erpressung möglich macht.»

Anfang dieses Jahres hat auch das deutsche Auswärtige Amt als jüngstes von mehreren europäischen Aussenministerien eine neue «Feministische Aussenpolitik» vorgestellt. Diese neue Ausrichtung, die auch von Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg und Spanien übernommen wurde, verleiht dem kosmopolitischen Militarismus einen faux-radikalen feministischen Anstrich und öffnet den Bereich Krieg und Sicherheit für Frauenrechtsaktivisten. Nüchterne feministische Führerinnen werden als ideales Gegenstück zu autoritären «starken Männern» dargestellt.

Schweden war das erste Land, das 2014 eine solche Politik verfolgte, die es ihm ermöglichte, seinen langjährigen Staatsfeminismus ins Ausland zu projizieren und auf der internationalen Bühne eine neue morali-

sche Haltung einzunehmen. Im Inland gab es positive atlantische Geschichten in Frauenzeitschriften. In der Rubrik «Mama» der schwedischen Zeitung «Expressen», die sich an weibliche Leser richtet, wurde in einem Interview mit Angelina Jolie betont, dass die NATO Frauen vor sexueller Gewalt im Krieg schützen kann. Jolie betonte auch, dass es kaum einen Unterschied zwischen humanitären Helfern und NATO-Soldaten gibt, da sie «dasselbe Ziel anstreben: Frieden».

Der Wissenschaftler Merje Kuus schrieb, dass die NATO-Erweiterung eine «zweifache Legitimationsstrategie» beinhaltet. Erstens wird die NATO als gewöhnlich und unauffällig, als langweilig und alltäglich dargestellt, und zweitens wird sie als über jeden Vorwurf erhaben, als lebenswichtig und als absolutes moralisches Gut dargestellt. Dies führe dazu, dass die NATO gleichzeitig banalisiert und verherrlicht werde: Sie werde so bürokratisch, dass sie nicht zur Debatte stehe, und so «existentiell und wesentlich», dass sie über der Debatte stehe. Diese Legitimationsstrategie hat sich in der begrenzten, streng kontrollierten Debatte über die euro-atlantische Integration in den nordischen Ländern gezeigt, von denen keines ein Referendum über die Mitgliedschaft abgehalten hat. Nach jahrzehntelangem Widerstand der Bevölkerung gegen das Bündnis scheint die NATO über der Demokratie zu stehen. Wie Kuus schreibt, bedeutet dies jedoch nicht, dass die NATO einer Gesellschaft aufgezwungen wird. Das Ziel ist vielmehr, «sie in die Unterhaltung, die Bildung und das staatsbürgerliche Leben im weiteren Sinne zu integrieren».

Die Beweise dafür sind allgegenwärtig. Im Februar veranstaltete die NATO ihr allererstes Gaming-Event. Ein junger Mitarbeiter des Bündnisses schloss sich mit dem beliebten Twitch-Streamer ZeRoyalViking zusammen, um «Among Us» zu spielen und zwanglos über die Gefahr von Desinformation für die Demokratie zu sprechen. Mit dabei war auch die Bergsteigerin, Influencerin und Umweltaktivistin Caroline Gleich. Während ihre Astronauten-Avatare durch ein Cartoon-Raumschiff navigierten, sprachen sie in den höchsten Tönen über die NATO. Am Ende der Veranstaltung verwandelte sich der Stream in eine Rekrutierungsaktion: Der Mitarbeiter der Allianz sprach über die Vorzüge seines Jobs und ermutigte die Zuschauer, auf der NATO-Website nach Stellenangeboten in Bereichen wie Grafikdesign und Videobearbeitung zu suchen.

Die Veranstaltung war Teil der Nato-Kampagne «Protect the Future». In diesem Jahr wurde auch ein Wettbewerb für junge Künstler ausgeschrieben. Das Bündnis warb auch um Dutzende von Influencern mit einer grossen Fangemeinde auf TikTok, YouTube und Instagram und holte sie in das Hauptquartier in Brüssel. Andere Influencer wurden zum letztjährigen Nato-Gipfel in Madrid entsandt, wo sie gebeten wurden, Inhalte für ihr Publikum zu erstellen.

Die europäische Linke wurde von dieser Show völlig in den Bann gezogen. Nach dem Vorbild der deutschen Grünen haben die grossen Linksparteien die militärische Neutralität und die Ablehnung von Kriegen aufgegeben und treten nun für die NATO ein. Das ist eine verblüffende Umkehrung. Während des Kalten Krieges organisierte die europäische Linke Massenproteste mit Millionen von Teilnehmern gegen den US-geführten Militarismus und die Stationierung von Pershing-II und Marschflugkörpern durch die NATO in Europa. Heute ist kaum mehr als die ausgehöhlte radikale Rhetorik übrig geblieben. Da es in Europa kaum noch Widerstand gegen die NATO gibt und sich das Bündnis schleichend über den Euro-atlantischen Raum hinaus ausdehnt, ist seine Hegemonie inzwischen fast absolut.

QUELLE: HOW NATO SEDUCED THE EUROPEAN LEFT

Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-die-nato-die-europaeische-linke-verfuehrte/>

## **Lafontaine: «Europäische Vasallen» haben Gründe für den Ukraine-Krieg immer noch nicht kapiert**

23 Mai 2023 20:20 Uhr

Der frühere Linken-Politiker Oskar Lafontaine hat sich auf Facebook zur Zusage der G7 geäussert, Kampfjets an die Ukraine liefern zu wollen. Lafontaine kritisierte insbesondere die Blauäugigkeit europäischer Politiker und Journalisten, die die Gründe für den Ukraine-Krieg immer noch nicht verstünden und auf «bekannte Kriegstreiber der USA» hereinflüen.

Der frühere Vorsitzende der Partei Die Linke Oskar Lafontaine hat sich in einem Beitrag auf Facebook zur Zusage der G7-Staaten auf ihrem jüngsten Gipfel im japanischen Hiroshima geäussert, der Ukraine Kampfjets liefern zu wollen. Dort habe «der in die ukrainische Oligarchen-Korruption verstrickte US-Präsident Joe Biden dem ebenfalls in die ukrainische Oligarchen-Korruption verstrickten ukrainischen Präsidenten Selensky einen Herzenswunsch erfüllt», so Lafontaine.

Der US-Präsident habe damit «auch dem Wunsch deutscher Kriegstreiber wie dem CDU-Politiker Roderich Kiesewetter und dem Grünen-Panzerexperten Anton Hofreiter» entsprochen, so Lafontaine weiter. Diese hatten Biden zuvor in einem «peinlichen Brief» darum gebeten und als Begründung angeführt, es gebe «keinen Grund, eine Fortsetzung des Krieges über 2023 hinaus auszuschliessen».

Der frühere Linken-Vorsitzende kritisierte in seinem Beitrag insbesondere die Blauäugigkeit europäischer Politiker und Journalisten und berief sich dabei unter anderem auf die Aussagen «bekannter Kriegstreiber der USA» wie etwa der Sicherheitsexpertin des American Enterprise Institutes Kori Schake. Schake hatte in



einem Interview mit dem Fernsehsender CNN gesagt, die ukrainische Armee zerstöre «für fünf Prozent des US-Verteidigungshaushalts und null amerikanischen Militäropfer (...) das russische Militär», was wiederum «absolut im Interesse der USA» sei. Lafontaine dazu:

**«Die Sicherheitsexpertin hätte angesichts solcher Briefschreiber wie Kiesewetter und Hofreiter und des Agierens der europäischen Staatsmänner auf dem G7-Gipfel hinzufügen können: «Und bald schieben wir die Europäer vors Rohr und lassen sie für uns die weitere Drecksarbeit erledigen.»»**

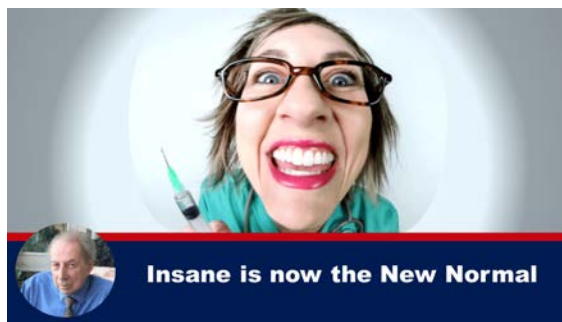
Die «US-Propaganda» sei allerdings erfolgreich. Lafontaine führt aus:

**«Die europäischen Politiker und Journalisten glauben immer noch, der Ukraine-Krieg sei ein von Putin ohne Grund aus grossrussischem Nationalismus vom Zaun gebrochener Krieg. Sie haben immer noch nicht kapiert, dass dieser Krieg mit der NATO-Osterweiterung und dem von Biden und Victoria Nuland inszenierten Maidan-Putsch 2014 begann, dem der Krieg der Präsidenten Poroschenko und Selensky gegen die Ostukraine mit 14'000 Opfern folgte. Die Voraussetzung willfährigen und überzeugten Vasallentums ist an Blindheit grenzende Dummheit.»**

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/inland/170830-lafontaine-europaeische-vasallen-haben-gruende/>

## Der Wahnsinn ist jetzt das neue Normal

[uncut-news.ch](https://uncut-news.ch), Mai 23, 2023



**Raketen für die Ukraine, viktorianische Krankheiten, die Rückkehr zu Tierversuchen, Gesetze über «hasserfüllte Inhalte» und Klimawandelalarmisten, die sich über die Verbrennung von Wasserstoff aus fossilen Brennstoffen aufregen. Kann es noch schlimmer werden? Nun, ja. Aber in der Zwischenzeit listet Dr. Vernon Coleman zwölf bizarre Dinge auf, die beweisen, dass der Wahnsinn jetzt das neue Normal ist.**

Von Dr. Vernon Coleman

1: Das Vereinigte Königreich schickt jetzt Langstreckenraketen in die Ukraine. Und das Vereinigte Königreich schickt auch Truppen. Das bringt uns einen grossen Schritt näher an einen Atomkrieg. Und die USA stellen der Ukraine Raketen und Aufklärungsdaten von AWAC-Patrouillen (Airborne Warning and Control Systems) zur Verfügung, um nicht übertroffen zu werden. Dies lässt Russland kaum eine andere Möglichkeit, als die amerikanischen Flugzeuge abzuschliessen. Es ist offensichtlich, dass die NATO einen vollwertigen Atomkrieg will. Wenn Sie sie noch nicht gesehen haben, sehen Sie sich bitte meine Videos an: «Warum sie den Dritten Weltkrieg benötigen» (Erstausstrahlung am 3. Mai 2022) und «Dringende Warnung an alle» (Erstausstrahlung am 9. Februar 2023). Beide Videos sind auf [www.vernoncoleman.org](http://www.vernoncoleman.org) und auf meinem Kanal auf BrandNewTube verfügbar. Ich denke, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass es einen Atomkrieg geben wird, wenn die Ukraine und die NATO diesen Krieg zu gewinnen scheinen, denn die Russen werden sich nicht einfach geschlagen geben. Denken Sie daran, dass die Russen im Zweiten Weltkrieg etwa 25 Millionen Männer verloren haben, um ihr Land gegen eine deutsche Invasion zu verteidigen. Die Russen würden genauso hart gegen Amerika kämpfen. Alle NATO-Mitglieder sollten sich aus dem Streit zwischen Russland und der Ukraine heraushalten. Jeder, der mit Begeisterung die ukrainische Flagge schwenkt, ist ein kriegslüsterner Psychopath. Ich wiederhole meinen vor einiger Zeit gegebenen Rat: Wo auch immer Sie leben, behalten Sie den Aufenthaltsort des Präsidenten oder Premierministers Ihres Landes im Auge. Wenn zwei oder mehr hochrangige Persönlichkeiten die Hauptstadt zur gleichen Zeit verlassen, ist es vielleicht auch für Sie an der Zeit, das Land zu verlassen. Im Vereinigten Königreich würde ich es also als mögliches Warnzeichen betrachten, wenn sowohl Charles als auch Sunak London in aller Stille in Richtung ihrer Landhäuser verlassen würden (oder, im Falle von Charles, in eines seiner vielen Landhäuser).

2: Eine überregionale Zeitung im Vereinigten Königreich titelte neulich: «Grosser Ausbruch der tödlichen viktorianischen Krankheit steht bevor, Experte warnt». Kennen Sie den Namen der «tödlichen viktorianischen Krankheit»? Es waren die Masern. Und ein möglicher Ausbruch wird den Eltern angelastet, die ihre Kinder



nicht gegen Masern impfen lassen. Um die Angst zu schüren, musste die Geschichte natürlich noch eine zusätzliche Wendung erhalten, und aus den gewöhnlichen Masern oder Gartenmasern wurde eine «tödliche viktorianische Krankheit». Wie schade, dass die Zeitungen nie über die Geschichten berichten, die zeigen, wie gefährlich Impfstoffe sein können. So haben die dänische Regierung und ein dänischer Impfstoffhersteller eine Studie über den DTP-Impfstoff finanziert. Gates und sein Haustier, die WHO, behaupten, dass der DTP-Impfstoff Millionen von Menschenleben rettet, aber die Wahrheit scheint ganz anders zu sein. Nach Auswertung von Daten aus 30 Jahren kamen die Wissenschaftler zu dem Schluss, dass der DTP-Impfstoff wahrscheinlich mehr Kinder tötete als vor seiner Einführung an Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus starben. Der Impfstoff hatte das Immunsystem der Kinder zerstört und sie anfällig für den Tod durch Lungenentzündung, Leukämie, Bilharziose, Malaria und Dysenterie gemacht. Wenn Sie die Wahrheit über Impfstoffe und Impfungen wissen wollen, lesen Sie bitte mein Buch «Jeder, der Ihnen sagt, Impfstoffe seien sicher und wirksam, lügt: Hier ist die Wahrheit». Sie können es auf Amazon kaufen.

3: Vor einigen Jahrzehnten habe ich einen Grossteil meiner Zeit damit verbracht, mich gegen die Verwendung von Tieren für Kosmetiktests einzusetzen. Letztlich haben wir diesen Kampf gewonnen. Aber jetzt, nach einem 25 Jahre dauernden Verbot, erlaubt die britische Regierung die Wiederaufnahme von Tests für kosmetische Inhaltsstoffe. Das ist grausam und völlig irrsinnig. Es gibt absolut keinen Grund, kosmetische Inhaltsstoffe an Tieren zu testen – genauso wenig wie es notwendig ist, Arzneimittel an Tieren zu testen. Es gibt zwei Gründe, warum dies eine absolut dumme Entscheidung ist. Erstens: Tierversuche sind notorisch unzuverlässig. Deshalb sind Tierversuche völlig wertlos. Wenn man nicht weiss, ob man sich auf einen Test verlassen kann, kann man ihn nicht als Entscheidungsgrundlage verwenden. Warum also Tests durchführen? Zweitens werben und verkaufen Arzneimittelhersteller zahlreiche Medikamente, von denen bekannt ist, dass sie bei Tieren tödliche Krankheiten hervorrufen. Sie argumentieren, dass die Tests irrelevant sind, weil sich Tiere so sehr von Menschen unterscheiden, dass die Tests nichts aussagen. Übrigens sehe ich, dass es an der Oxford Union einen Streit um einen Vortrag einer genderkritischen Feministin gibt. Die Oxford Union bezeichnet sich selbst als die letzte Bastion der freien Rede. Ho ho. Vor ein paar Jahrzehnten wurde ich von der Oxford Union de-platformed. Sie luden mich ein, über Vivisektion zu debattieren, verbannten mich dann aber, als die Befürworter der Vivisektion sich weigerten, mit mir zu debattieren. (Und es ist eine sichere Wette, dass sie mich nicht einladen werden, über Impfungen oder den Klimawandel zu debattieren. Wenn sie es täten, würde ich wahrscheinlich de-platformed werden, bevor die Plakate gedruckt werden könnten.)

4: Eine britische Zeitung titelte auf ihrer Titelseite: «Zwei Millionen Menschen mit Long Covid: 400'000 benötigen Spezialbehandlung». Und das ist seltsam, weil die grösste Studie über Long Covid nahelegt, dass es nicht existiert. Ich vermute, dass die meisten der zwei Millionen Menschen Hypochonder, Hysteriker oder Simulanten sind. Wenn 400'000 Menschen wegen einer nicht existierenden Krankheit fachärztlich betreut werden, wird die Versorgung von Krebspatienten drastisch reduziert.

5: Einem führenden britischen Wirtschaftsführer wird unangemessenes und unprofessionelles Verhalten vorgeworfen. Einer der Vorwürfe gegen ihn lautet, dass er vor drei Jahren einer Frau gesagt habe, ihr Kleid passe zu ihrer Figur. Der Angeklagte sagte, er habe diese Bemerkung gemacht, weil er «in unangemessener Weise versucht habe, jemanden aufzuheitern». Die Frau reichte eine formelle Beschwerde ein. Ich schlage vor, dass wir uns in Zukunft, wenn wir uns mit Angehörigen des anderen Geschlechts unterhalten, auf den Zustand des Wetters und die Chancen von Black Beauty im 3.30 Uhr-Rennen in Haydock Park beschränken. Nun, vielleicht nicht Black Beauty.

6: Der irische Gesetzgeber hat ein Gesetz verabschiedet, das den Besitz von «hasserfüllten Inhalten» auf Ihrem Mobiltelefon oder Computer unter Strafe stellt. Jeder, der hasserfüllte Inhalte besitzt, kann ins Gefängnis geschickt werden. Das Problem ist, dass der Begriff «hasserfüllte Inhalte» nicht definiert wird, sodass Millionen von Menschen hasserfüllte Inhalte auf ihren Geräten haben werden, ohne es zu merken. Und wenn sie Fehlinformationen als «hasserfüllte Inhalte» einstufen, könnte jeder, der Material der BBC auf seinen Geräten hat, bis zu den Achseln im Dreck stecken. Doch es gibt auch eine gute Nachricht. Wikipedia, die vorgebliche Enzyklopädie, die von Amateuren bearbeitet wird, hat davor gewarnt, dass sie im Vereinigten Königreich aufgrund neuer Zensurgesetze bald verboten werden könnte. Das ist die beste Nachricht, die ich seit Monaten gehört habe. Ich werde feiern, wenn Wikipedia stirbt. Denken Sie daran, dass ein Mitbegründer von Wikipedia sie als «durch und durch korrupt» bezeichnet hat. Und trotzdem nutzen die Leute sie und geben ihr Geld. Es wäre sinnvoller, den Rothschilds Geld zu geben als der Wikipedia.

7: Die hoch bezahlten Idioten der Bank of England haben jetzt zugegeben, dass die Inflation bis 2025 nicht zurückgehen wird. (Das ist ihre letzte Schätzung). Sie lagen falsch bei den Preisen, falsch bei den Zinssätzen, falsch bei der Rezession und falsch bei der Inflation. Und Sunak, der versprochen hatte, dass die Infla-

tion bis Ende des Jahres besiegt sein würde, sieht jetzt aus wie ein grosser Trottel. Natürlich sage ich nur ungern: «Ich hab's ja gesagt», aber die Leser werden sich wahrscheinlich daran erinnern, dass ich am 5. August 2022 ein Video mit dem Titel «Ich habe vor steigender Inflation und steigenden Zinsen im Jahr 2020 gewarnt. Also, was kommt als nächstes?». Wenn ein alter Mann in einem Stuhl diese Dinge absolut richtig einschätzen kann, warum um alles in der Welt irren sich dann sogenannte Fachleute mit riesigen Gehältern so sehr? Wir sollten die Bank of England schliessen, alle Mitarbeiter entlassen und die eingesparten Millionen unter uns aufteilen.

8: Dr. David Starkey geriet in arge Bedrängnis, weil er behauptete, der britische Premierminister und WEF-Enthusiast Rishi Sunak sei nicht vollständig in unserer Kultur verwurzelt. Starkey hatte natürlich völlig recht. Sunak hat offenbar engere Beziehungen zu Amerika als zu England. Ausserdem vermute ich, dass das Problem, das Starkey isoliert hat, weiterverbreitet ist, als wir glauben dürfen. So vermute ich zum Beispiel, dass viele der Beschwerden über Rassismus von Personen vorgebracht werden, deren kulturelle Werte nicht als traditionell englisch definiert werden können. Das ist natürlich nicht «falsch», aber es erklärt, warum sich ein Sportler, der nicht nach den traditionellen englischen kulturellen Sitten und Gebräuchen erzogen wurde, über Anfeindungen und Sticheleien von Mannschaftskameraden beschweren könnte – ganz zu schweigen von der Verwendung von Spitznamen. Die Hexenjagden, die in den letzten ein oder zwei Jahren einen Grossteil des englischen Kricksports zerstört zu haben scheinen, hätten sicherlich vermieden werden können, wenn die humorlosen und selbstgerechten Horden von sensenschwingenden Zensoren nicht so schnell mit dem Finger auf andere gezeigt und «Rassismus» geschrien hätten. Das schlimmste Beispiel für Rassismus, dem ich je begegnet bin, ereignete sich zwar bei einem Kricketspiel, aber die Übeltäter waren Anhänger der pakistanischen Mannschaft. Eine ziemlich üble und angriffslustige Menge (die alle den Tebbit-Test nicht bestanden hätten) skandierte stundenlang rassistische Beschimpfungen mit dem Ergebnis, dass ich und andere das Spiel noch vor dem Anstoss verliessen. Die Waliser werden seit Jahren liebevoll als «sheep shaggers» bezeichnet, ohne dass sich meines Wissens jemand darüber beschwert hätte, dass dieser Ausdruck rassistische Untertöne haben könnte. Das alles erinnert mich an meine Schulzeit. Ich wurde häufig gebeten, zwei Tüten mit Nusschlacke abzuliefern. Und bei mehreren Gelegenheiten wurde ich als «Senf» bezeichnet. Ich leide immer noch unter Albträumen infolge dieser Bemerkungen und werde von den Schulen, die ich besucht habe, 100 Millionen Pfund Schadenersatz fordern.

9: Der britische Minister für Finanzdienstleistungen (ich wusste gar nicht, dass wir einen haben), der offenbar Andrew Griffith heisst (noch nie von ihm gehört), hat gesagt, dass Grossbritannien der Entscheidung näherkommt, «wann, und nicht ob» es eine digitale Version des Pfund Sterling ausgeben wird. (Fürs Protokoll: Reuters nannte Griffith den Minister für Finanzdienstleistungen, obwohl ich glaube, dass er traditionell und gewöhnlich als Wirtschaftsminister des Finanzministeriums bekannt ist. Vermutlich handelt es sich dabei um dieselbe Reuters, die sich daran erfreut, die Fakten zu überprüfen). Ich vermute, dass es mit Leuten wie Griffith, die im Parlament herumlaufen, noch vor Weihnachten einen Bitcoin geben wird. Dann werden wir dem Ende unserer Zivilisation beängstigend nahe sein. Ich wünschte, die Menschen würden diese Bedrohung ernst nehmen. Die meisten Menschen benutzen immer noch ihre Magnetkarten und ihre Mobiltelefone, um all die Dinge zu bezahlen, ohne die sie nicht leben können. Wir anderen sollten uns weigern, Geschäfte oder Cafés aufzusuchen, die kein Bargeld akzeptieren. Um die düstere und trockene Zukunft zu verstehen, die uns bevorsteht, lesen Sie bitte «Sie wollen Ihr Geld und Ihr Leben» und «Social Credit: Nightmare on your Street» – beide sind über den Buchladen auf meiner Website erhältlich. Sobald die Bastarde eine digitale Währung eingeführt haben, werden sie uns alle dazu zwingen, sie zu benutzen und dann schnell das echte Bargeld aus dem Verkehr ziehen. Das Ende ist näher, als Sie denken.

10: Wie ich neulich schon sagte, wird die Ukraine nun nicht mehr die weltweit wichtigste Nahrungsquelle sein. Durch die Lieferung von Granaten mit abgereichertem Uran an die Ukraine hat der britische Premierminister Rishi Sunak dazu beigetragen, die Ukraine als Nahrungsquelle zu zerstören, und er hat eine massive, weltweite Hungersnot garantiert. Das abgereicherte Uran wird die Felder in der Ukraine verwüsten. Verstrahlter Boden ist für den Anbau von Nahrungsmitteln unbrauchbar. Bis in jüngster Vergangenheit hatte Grossbritannien nur einen grossen Kriegsverbrecher (Tony Blair). Jetzt haben wir zwei und Blair und Sunak können sich vielleicht eine Zelle teilen.

11: Die BBC brachte diese Schlagzeile: «Krebspatienten im Gazastreifen müssen sich auf lebensbedrohliche Behandlungsverzögerungen einstellen». In dem Bericht wurde geschätzt, dass mehr als 200 Patienten dringend eine Behandlung benötigen. Ich frage mich, ob jemand bei der BBC weiss (oder sich dafür interessiert), dass es in Grossbritannien mehrere Millionen Patienten gibt, die mit lebensbedrohlichen Behandlungsverzögerungen konfrontiert sind. Wenn ja, sollten sie vielleicht mehr Berichte bringen, die sich darauf konzentrieren, zu erklären, warum das Vereinigte Königreich heute ein Gesundheitssystem hat, das von einem Dritte-Welt-Land abgelehnt würde.

12: Die Verrückten des Klimawandels sind furchtbar begeistert von Wasserstoff. Es ist, so sagen sie, der neue, saubere Treibstoff, der uns alle retten wird. Ich frage mich, was diese verblendeten Idioten sagen werden, wenn sie herausfinden, dass Wasserstoff durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe hergestellt wird.

QUELLE: *INSANE IS NOW THE NEW NORMAL*

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-wahnsinn-ist-jetzt-das-neue-normal/>

## Biden geht das Geld für die Ukraine aus? Das ist gut.

*uncut-news.ch, Mai 23, 2023, Ron Paul*

Ron Paul  
WEEKLY COLUMN



Wenn sich der Rauch endlich lichtet, wird Präsident Bidens Ukraine-Debakel – neben Afghanistan und Irak – als eines der grössten aussenpolitischen Desaster in die Geschichte der USA eingehen. Hunderttausende sind auf beiden Seiten im Dienst des langjährigen Wunsches der US-Neocons nach einem «Regimewechsel» in Russland getötet worden.

Und vergessen wir nicht die 100 Milliarden Dollar, die der Kongress zur Finanzierung des «Projekts Ukraine» der Neokonservativen bewilligt hat.

Nachdem die strategische Stadt Bachmut am Wochenende unter russische Kontrolle geriet, sieht es so aus, als ob das Projekt Ukraine der Neocons – wie alle anderen aussenpolitischen Projekte der Neocons vor ihm – rasch scheitern wird. Aber das wird die Biden-Administration nicht davon abhalten, noch mehr Geld von einem Amerika zu erpressen, das bereits am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs steht. Und vergessen wir nicht die Schlacht um die «Schuldengrenze», die in DC tobt.

Die verschwenderischen Inlandsausgaben der Biden-Administration sind ein Schlachtfeld für republikanische Gesetzgeber, doch wenn es um die endlosen Ausgaben für das Projekt Ukraine geht, sind die beiden Parteien mit wenigen Ausnahmen einer Meinung. Zumindest wenn man sich die republikanische Parteiführung ansieht.

Eines ist sicher: Wir können uns darauf verlassen, dass der Kongress gutes Geld dem schlechten hinterherwirft. Schliesslich haben uns 20 Jahre Kampf gegen die Taliban in Afghanistan ... die Taliban in Afghanistan gebracht! Und das mit Kosten von vielleicht drei Billionen Dollar. Aber der militärisch-industrielle Komplex und die Denkfabriken, die den Krieg vorantreiben, und die Mainstream-Medien, die den Krieg verherrlichen, wurden alle gut bezahlt.

Es mag düster aussehen, aber hier haben wir etwas, worüber wir optimistisch sein können. Wie ich schon immer gesagt habe, braucht man keine Mehrheit, um den Kurs des Landes zu ändern. Eine engagierte Minderheit, die von den Prinzipien der Freiheit angetrieben wird, kann unglaubliche Ergebnisse erzielen.

Die Mainstream-Medien sind in Panik über die Tatsache, dass von den 48 Milliarden Dollar, die für die Ukraine bereitgestellt wurden, nur noch 6 Milliarden Dollar übrig sind. Das wird nicht ausreichen, um das «Projekt Ukraine» länger als ein paar Wochen aufrechtzuerhalten. Da sich die öffentliche Meinung in den USA mit überwältigender Mehrheit dagegen wendet, noch mehr Geld in das korrupte schwarze Loch namens «Ukraine» zu werfen, werden selbst prinzipienlose Politiker anfangen, auf die entstehende progressiv-konservative Allianz im Kongress zu hören, die genug davon hat.

Im Kongress wird eine prinzipientreue, multipolare Minderheit eine korrupte und hirnlose Mehrheit überholen – unterstützt durch das amerikanische Volk. Und das ist eine gute Sache.

Die Wahlsaison steht vor der Tür, und obwohl wir es vorziehen würden, eine Mehrheit von Progressiven und Konservativen/Libertären im Kongress für unsere Ansicht zu gewinnen, dass hundert Milliarden für die Ukraine und ein möglicher Dritter Weltkrieg keine gute Idee sind, müssen wir dennoch zufrieden sein, dass die politischen Realitäten zu unseren Gunsten sind.

Die Kommunisten sprachen von der «Korrelation der Kräfte», die über die militärische Macht hinausgehende Faktoren wie Politik und «Soft Power» berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund scheint es wahrscheinlich, dass die politischen Tiere in Washington das sinkende Schiff verlassen werden, wenn sich die öffentliche Stimmung in den USA gegen endlose Milliardenzahlungen an eine korrupte Ukraine wendet, während gleichzeitig der Dritte Weltkrieg droht.

Angesichts des offensichtlichen Scheiterns von Präsident Biden – und der überraschend starken Herausforderung durch Robert F. Kennedy Jr. bei den Vorwahlen – sollten wir damit rechnen, dass die Gesetzgeber

das «Projekt Ukraine» in Scharen aufgeben werden. Diese Bewegung, angeführt von prinzipientreuen Konservativen und Progressiven, wird das «Projekt Ukraine» der Neokonservativen für immer zu Fall bringen und uns so vor der globalen nuklearen Vernichtung bewahren. Hoffentlich wenden sich die Amerikaner nach dieser Katastrophe endgültig von den Neokonservativen ab.

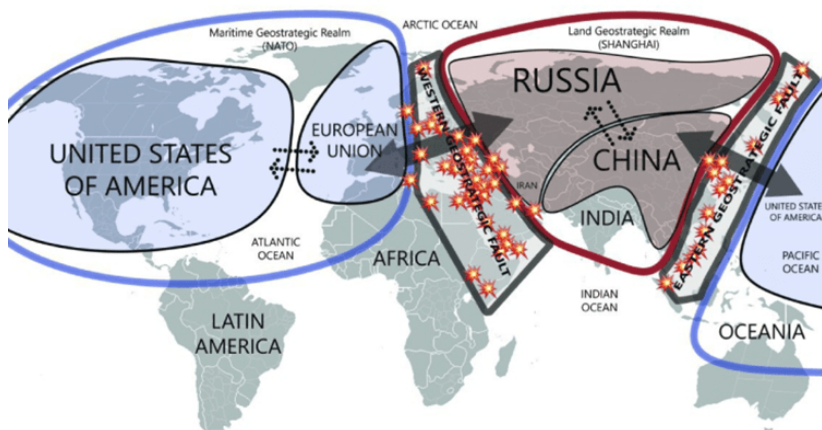
QUELLE: BIDEN'S RUNNING OUT OF UKRAINE MONEY? GOOD.

ÜBERSETZUNG: ANTIKRIEG

Quelle: <https://uncutnews.ch/biden-geht-das-geld-fuer-die-ukraine-aus-das-ist-gut/>

## Beweise, dass die USA einen Dritten Weltkrieg gegen Russland und China planen

uncut-news.ch, Mai 23, 2023, Eric Zuesse



Der folgende Nachrichtenartikel (zusammen mit allen live-verknüpften Dokumentationen, damit Nachrichtenredakteure sofort sehen können, was die Dokumentation für jede Behauptung darin ist) wurde am 5. Mai 2023 an 300 Nachrichtenmedien geschickt und nur von drei veröffentlicht, und wird hier (leicht erweitert und aktualisiert) an sie alle zur erneuten Prüfung geschickt, wegen der extremen Wichtigkeit der solide dokumentierten und unterberichteten Fakten, die er enthält:

Am 3. Mai sagte US-Aussenminister Antony Blinken in einem Interview mit C-Span, dass die US-Regierung keine Einwände erheben wird, wenn die ukrainische Regierung versucht, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu ermorden oder dies tut. Er sagte: «Das sind Entscheidungen, die die Ukraine treffen muss, wie sie sich verteidigen wird, wie sie ihr Territorium zurückerhalten wird, wie sie ihre territoriale Integrität und ihre Souveränität wiederherstellen wird.» Amerika hat der Ukraine über hundert Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt, damit sie Russland besiegen kann, und sagt nun, dass es in Ordnung ist, wenn die Ukraine einen Teil davon für die Ermordung von Putin verwendet. Das ist beispiellos. (Selbst bei Hitler war es nicht so.)

Ebenfalls am 3. Mai titelte der japanische Nachrichtendienst Nikkei Asia «NATO eröffnet Büro in Japan» und berichtete, dass «die NATO plant, ein Verbindungsbüro in Tokio, Japan, zu eröffnen, das erste seiner Art in Asien». Die Nordatlantikpakt-Organisation will nun nicht nur Amerikas antirussisches Militärbündnis werden, sondern auch Amerikas antichinesisches Militärbündnis, das die Abspaltung der chinesischen Provinz Taiwan (die die US-Regierung seit 1972 formell als Taiwan anerkennt hat) von China unterstützen wird, so wie sie sich weigert, die Abspaltung der Krim und dreier anderer Provinzen der Ukraine von der Ukraine zu unterstützen. (Mit anderen Worten: Obwohl das US-Regime die Abspaltung Taiwans von China unterstützt, lehnt es die Abspaltung des Donbass, der Krim usw. von der Ukraine ab.)

Amerika und seine NATO leugnen, dass sie entweder antirussisch oder antichinesisch sind, und bestehen darauf, dass sie stattdessen lediglich einen Regimewechsel in beiden Ländern anstreben, damit sowohl Russland als auch China Demokratie und Menschenrechte bieten, wie es die amerikanische Regierung (die weit mehr Invasionen und Putsch verübt als alle anderen Regierungen der Welt zusammen) tut (was sie in Wirklichkeit nicht tut).

Der US-Kongress prüft derzeit ein Gesetz, das als «Ukraine Victory Resolution» beworben wird, aber formell den Titel H.Res.322 «on Ukrainian victory» trägt und in dem es heisst: «Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, die Ukraine als Siegerin gegen die Invasion und in ihren international anerkannten Grenzen von 1991 wiederhergestellt zu sehen.» Das würde die vollständige Niederlage Russlands in der Ukraine voraussetzen. Wenn dies geschieht, würde der russische Präsident Wladimir Putin mit ziemlicher Sicherheit entweder zurücktreten oder gestürzt und durch einen Führer ersetzt werden, den die amerikanische Regierung billigt (und sogar ernennt). Geschieht dies hingegen nicht, dann sind der US-Kongress und der Präsident

bereits durch die Verabschiedung dieser Resolution verpflichtet, in Russland einzumarschieren, um mit direkter US-Militärgewalt das zu erreichen, was das ukrainische Militär nicht erreicht hat. Dieser Einmarsch der USA und ihrer Verbündeten in Russland würde den Dritten Weltkrieg bedeuten. (Wie viele Nachrichtenmedien kümmern sich darum, den Dritten Weltkrieg zu verhindern? Warum kümmern sie sich nicht darum? Warum weigern sie sich, ihre Leser über diese Gefahr zu informieren, und darüber, dass sie von den USA und ihren Verbündeten ausgeht – und nicht von ihren beabsichtigten Opfern, Russland und China? Am 24. Januar 2023 verkündete das «Bulletin of Atomic Scientists» in seiner «Doomsday Clock Announcement» (Weltuntergangsuhr), dass es noch schlimmer sei als während der Kuba-Krise 1962, als es noch eine Sowjetunion und deren Kommunismus und Warschauer Militärpakt gab: «Die Uhr steht jetzt bei 90 Sekunden vor Mitternacht – so nah an der globalen Katastrophe wie nie zuvor.» Wer hält diese extreme Gefahr vor der US-amerikanischen und verbündeten Öffentlichkeit geheim, und warum? Wem dienen sie eigentlich?)

Die US-Regierung hat sich noch nicht unwiderruflich dazu verpflichtet, ihre frühere Anerkennung Taiwans als Teil Chinas zu widerrufen; aber wenn sie das schliesslich tut, dann werden Amerika und seine Verbündeten natürlich Krieg gegen China führen, was ebenfalls ein Dritter Weltkrieg wäre.

Ausserdem wird im US-Kongress ein Gesetz mit der Bezeichnung «The Restrict Act» erwogen, mit dem das Kriegerrecht über alle Nachrichtenmedien in den USA verhängt werden soll, um eine formelle und allumfassende Erklärung des Kriegerrechts in Amerika vorzubereiten. Durch diese totale Zensur wird die US-Öffentlichkeit in Bezug auf Russland und China (und alles andere) nur das erfahren, was die US-Regierung den Amerikanern zu wissen erlaubt; und dies würde es dem Kongress enorm erleichtern, öffentlich zu erklären, dass sich Amerika sowohl gegen Russland als auch gegen China im Krieg befindet. Also: Die gesetzgeberischen Vorbereitungen, um dies «verfassungskonform» zu tun (abgesehen von der Verletzung des Ersten Verfassungszusatzes, der ihnen nichts bedeutet), werden bereits getroffen worden sein.

HINWEIS: Dieser Nachrichtenbericht wird gleichzeitig an alle US-amerikanischen und britischen Nachrichtenmedien verteilt und zur Veröffentlichung frei von jeglichem Copyright eingereicht.

PS: Bis zum 15. Mai 2023 (zehn Tage, nachdem dieser Artikel an Hunderte von Nachrichtenseiten geschickt wurde) haben ausser «The Duran» (wo ich ihn direkt gepostet habe) nur zwei der Hunderte, an die ich ihn geschickt hatte, diesen Artikel veröffentlicht: «SouthFront» und «Dehai News». Alle anderen (zum jetzigen Zeitpunkt, zehn Tage später), einschliesslich aller Mainstream-Nachrichtenmedien, haben ihn abgelehnt (oder noch nicht veröffentlicht). Das sind weniger als 1% der Nachrichtenseiten, an die der Artikel am 4. Mai gemailt worden war. Stimmt etwas mit diesem Artikel nicht? Oder stimmt etwas mit praktisch allen Nachrichtenmedien in den USA und den mit ihnen verbündeten Ländern nicht? Ist das Zensur? Warum haben all diese Zensoren («Redakteure») die gleiche Entscheidung getroffen (diesen Artikel nicht zu veröffentlichen)? Und warum? Wurde die Entscheidung in Wirklichkeit anderswo getroffen, vielleicht von den Personen, die die US-Regierung kontrollieren?

Das neue Buch des investigativen Historikers Eric Zuesse, AMERICA'S EMPIRE OF EVIL: Hitler's Posthumous Victory, and Why the Social Sciences Need to Change, handelt davon, wie Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg die Welt übernommen hat, um sie für US-amerikanische und verbündete Milliardäre zu versklaven. Ihre Kartelle schöpfen den Reichtum der Welt ab, indem sie nicht nur ihre «Nachrichten»-Medien, sondern auch die Sozial-«Wissenschaften» kontrollieren – und so die Öffentlichkeit täuschen.

QUELLE: EVIDENCE US PLANS A WORLD WAR III AGAINST BOTH RUSSIA AND CHINA – ERIC ZUESSE

ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/beweise-dass-die-usa-einen-dritten-weltkrieg-gegen-russland-und-china-planen/>

## Psychisch kranke Attentäter – das eigentliche Problem

Autor Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 22. Mai 2023, Von Steffen Meltzer

In der «Welt» erschien am 14.5.2023 der Beitrag «PSYCHISCH KRANKE ATTENTÄTER – Bis es ein Blutbad gibt», über die Versorgungssituation gefährlicher psychisch erkrankter Personen in Deutschland. Die Reporter hatten den Umgang mit psychisch kranken Gewalttätern untersucht. Ich zitiere:

«In der Gesamtschau ergibt sich das Bild einer Gesellschaft, die im Umgang mit psychisch erkrankten Gewalttätern noch keine schlüssige Strategie gefunden zu haben scheint.»

Der Schein trügt nicht, auch der v. g. Beitrag (auf den ich inhaltlich nicht weiter eingehen werde) zeigt, dass mit diesem Problem in Deutschland etwas im Argen liegt. Keinem aufmerksamen Leser ist die zunehmende Berichterstattung über tatsächliche und angeblich erkrankte Täter entgangen, die in der Öffentlichkeit aufsehenerregende schwerste Verbrechen begangen haben. Oftmals ist bereits wenige Minuten nach der Festnahme zu lesen, der Tatverdächtige sei psychisch auffällig oder krank. Meistens fehlt in der Berichterstattung die Nationalität des Täters. Die Begründung lautet, man möchte dadurch verhindern, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen stigmatisiert werden und somit einem Rassismus vorbeugen. Damit öffnet man jedoch radikalen Randgruppen Tür und Tor, die diese Steilvorlage der Verschwiegenheit gern aufnehmen

und für ihre extremistischen Zwecke ausschachten. Dabei könnte man mit einer offeneren Berichterstattung viel Schaden abwenden, auch ohne aus «ermittlungstaktischen Gründen» die Aufklärung der Straftat zu gefährden. Denn erfahrungsgemäss spricht sich die Täterherkunft früher oder später sowieso herum. Warum man das aus der eigenen Hand gibt, ist für mich rational nur schwer nachvollziehbar, ideologisch jedoch schon. Die journalistische Selbstverpflichtung zur Einhaltung des sogenannten Pressekodex ist für Behörden nicht bindend.

Ich werde im folgenden Text die Problematik aus meinem Blickwinkel bewerten. Die von mir aufgeführten Punkte haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

Die Polizei ist im Umgang mit psychisch gestörten oder erkrankten Personen leider nicht immer ausreichend ausgebildet. Es gibt zwischen den Bundesländern grosse Unterschiede. In einem Bundesland gab es vergleichsweise in der Aus- und Fortbildung jahrelang erhebliche Defizite, währenddessen ich die diesbezüglichen bayerischen Projekte als vorbildlich bezeichnen muss. Unnötige Opfer auf beiden Seiten waren die Folge. Ich hatte mich zu diesem Thema in einem Titelthema in der «Deutsche Polizei», Ausgabe 1/2015 auf den Seiten vier bis neun umfangreich geäussert.

Psychisch Erkrankte begehen durchschnittlich weniger Gewalttaten als «gesunde» Menschen. Gesunde brechen Kriege vom Zaun, führen Börsencrashes herbei oder lügen und betrügen, um Karriere zu machen. Der alte Arztspruch lautet: «Wer als gesund gilt, ist nur nicht gut genug untersucht.» Ebenso wird gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten gern als «krank» oder «gestört» klassifiziert, obwohl es auch der normalen menschlichen Bandbreite des Verhaltens entsprechen könnte. Nicht jedes Kind, das zappelt, hat ADHS. Das freut nur die Pharmaindustrie. Kleine Bonobos (DNA stimmt zu 98,7 Prozent mit der menschlichen überein) werden auch nicht durch ihre Mütter gezwungen, ihren Bewegungsdrang stundenlang zu unterdrücken und still zu sitzen. Zu allen Zeiten hat man unliebsame Personen in die geschlossenen Anstalten zur Verwahrung gesteckt oder wenigstens öffentlich für psychisch krank (z. B. Donald Trump per «Ferndiagnose») erklärt. Auch im Deutschland der Gegenwart ist das der Fall, Gustl Mollath ist nur das bekannteste Beispiel, niemand kennt die Dunkelziffer. Stichproben von Gutachten brachten durchaus Erschütterndes zu Tage. Andersdenkenden oder unangepassten Zeitgenossen hat man schon immer gern «ein Ding an der Glocke» unterstellt, um die Sprache der Verleumder zu benutzen.

Die illegitime Pauschalisierung in der medialen Berichterstattung «psychisch krank = gewalttätig und gefährlich» stigmatisiert und diskriminiert mit einem Bannstrahl tatsächlich psychisch gestörte und erkrankte Personen. Wir schaffen bzw. vertiefen dadurch neue (alte) Vorurteile gegenüber diesen Menschen. Deutschland war schon einmal weiter. Viele dieser Betroffenen stehen im Alltag tapfer und unauffällig ihren Mann bzw. ihre Frau. Ausdruck dieser sprachlichen Herabsetzung sind zum Beispiel die «volkstümlichen» Begriffe wie «Jagdschein» oder «Klappe».

Tatsächlich gewalttätiger als Gesunde können Personen mit Schizophrenie, Psychopathie sowie mit Drogen- und/oder Alkoholmissbrauch sein. Das gilt es zu unterscheiden und in der Wahrnehmung/Berichterstattung einzugrenzen. Das sollten vor allem übereifrige Behörden beachten. Die oftmals im ersten Angriff durch nichts bewiesene Beteuerung «psychisch krank» ist eine unzulässige Verallgemeinerung.

Nicht jeder Täter, der behauptet, dass er «psychisch krank» sei, ist es auch: Beispielsweise hatte diesen Umstand ein Messerstecher, dessen Taten in einem ICE zu einem Verletzten und drei Schwerverletzten führte, bei seiner Festnahme gegenüber den Polizeibeamten «hoch und heilig» versichert. In der am Folgetag stattgefundenen Pressekonferenz übernahmen die Verantwortlichen dessen Aussagen nicht nur zu meiner Verblüffung 1:1. Selbst ein Psychiater in der U-Haft wollte das in einem «Schnellgutachten» festgestellt wissen. Zur Gerichtsverhandlung bestätigte dagegen ein ordentlich bestellter Gutachter, dass der Ausländer zum Tatzeitpunkt psychisch gesund und vollumfänglich schuldfähig war und dass es sich bei seiner angeblichen Erkrankung um eine Schutzbehauptung handelte. Das tatsächliche Motiv des Syrsers Abdalrahman A. war dessen islamistische Radikalisierung.

Die oft anzutreffende Berichterstattung wenige Minuten nach der Tat: «Tatverdächtiger psychisch krank» ist durchweg fraglich. Sie muss wie eine Besänftigung auf das schlimmste Verbrechen wirken und hat nicht selten mit der Verbrechensursache bzw. dem Tatmotiv zu tun.

Wer sich vor der Tat vorsätzlich betrinkt oder mit illegalen Drogen vollpumpt, sollte bei einem Verbrechen keine Möglichkeit auf Nachsicht haben. Die Feststellung, «verminderte Schuldfähigkeit» oder «Schuldunfähigkeit» (Unzurechnungsfähigkeit) sollte m. E. auf solche Fälle keine Anwendung finden.

Zuwanderer, die sich in Deutschland nicht integrieren, keine deutsche Sprache erlernen, keine Basic-Qualifikationen für ein Industrieland mitbringen, deren hohe Erwartungen nicht erfüllt werden, erkranken naturgemäss eher als Deutsche, die hier geboren und aufgewachsen sind. Die soziale Isolation (Vereinsamung) und der dysfunktionale Dauerstress können zu psychischen Erkrankungen führen. Meine Auffassung bestärkt auch ein Beitrag im «Ärzteblatt» demnach Migranten laut einer epidemiologischen Studien 2,9-fach häufiger an einer Schizophrenie als die einheimische Bevölkerung erkranken. «Bei dunkelhäutigen Migranten ist das Risiko sogar 4,8-fach erhöht». Die ungefilterte Migration kann für Opfer und Täter mörderisch sein.

Populistische Verschwörungstheorien, an der steigenden Gewalt wären vor allem der Klimawandel schuld, sollten ins Reich der Märchen verwiesen werden, will man die Negativtendenzen dieses Geschehens tat-



sächlich umdrehen. Zur Bewahrung der eigenen psychischen Hygiene ist eine innere Distanz zu derartigen vorgesetzten Schwurbeleien oder das Auslachen eine gangbare Alternative.

Wir benötigen eine andere Zuwanderungspolitik und weniger Spaltung in der Gesellschaft. Nicht umsonst haben die umstrittenen Lockdowns und Schulschliessungen zu den einzigen tatsächlichen Triagen in den Kliniken der Kinder- und Jugendpsychiatrien geführt. Eine Abkehr von dieser Politik würde weniger einheimische und zugezogene Erkrankte «erzeugen». DORT gilt es m. E. primär anzusetzen. Alles andere nach meiner Wahrnehmung Flickschusterei und Augenwischerei, was nichts verbessern wird.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2023/05/22/psychisch-krank-attentaeter-das-eigentliche-problem/>

## Die Folgen eines grünen Irrtums

Autor Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 21. Mai 2023

Mister Energiewende Patrick Graichen, der schon vor zehn Jahren eingestanden hat, dass er und seine «Experten» von der Agora sich geirrt haben, musste gehen. Die Folgen seines Irrtums bleiben bestehen. Sie sind schlimmer, als der Öffentlichkeit bisher klar ist. Die dysfunktionale Energiewende wird nicht nur teuer, für manche unbezahlbar, sie wird Deutschland in ein Entwicklungsland verwandeln.

Wieso das? Wir sind doch immer noch das Land mit der höchsten Energiesicherheit in Europa. Im Jahr 2020 betrugen die Stromausfälle aufs ganze Land gerechnet gerade Mal 15 Minuten, 2022 sollen es gar nur 11 Minuten gewesen sein. 2020 wurden wir von Frankreich gefolgt mit 20 Minuten, das Schlusslicht in der EU war Bulgarien mit 370 Minuten. Wir werden unseren Spitzenplatz trotz des Atomausstiegs behalten, versicherte uns die Bundesnetzagentur im Januar dieses Jahres. Über die Kosten hat sie nichts verlauten lassen.

Leider kommt eine Studie von McKinsey zu ganz anderen Schlüssen. Sie warnt vor bevorstehenden gravierenden Stromausfällen. Schon 2025 könnten in Deutschland bis zu 5 Gigawatt von der benötigten Strommenge fehlen. Das entspricht der Leistung der eben abgeschalteten letzten drei Atomkraftwerke, die nun, statt Strom zu produzieren, Strom verbrauchen, um ihre Reaktoren runterzukühlen. In sieben Jahren, also 2030, das Jahr, in dem wir laut Klaus Schwab nichts mehr besitzen und darüber absolut glücklich sein sollen, könnte der Ausfall bereits 30 Gigawatt betragen, das wäre die Hälfte des angenommenen Verbrauchs. Die benötigte Strommenge könnte aber noch höher sei, denn es ist nicht genau zu berechnen, wie viele Elektroautos, Wärmepumpen und andere politisch gewollte Stromfresser es dann geben wird. Die Fehlmenge könnte bis zu 120 Gigawatt betragen. Es wird zu Stromausfällen zwischen 5 bis 24 Stunden kommen – das wäre das Niveau der heutigen Entwicklungsländer.

So etwas passiert, wenn man die Stromproduktion durch Abschalten von Kraftwerken verknappt und gleichzeitig die Anzahl der Stromfresser kontinuierlich erhöht.

Natürlich macht McKinsey Vorschläge, wie man mit diesem Dilemma umgeht. Man müsse den privaten Stromverbrauch der Haushalte «steuern», im Klartext: rationieren. Jeder Haushalt muss mit seiner Zuteilung auskommen. Zugleich müsse es für die Wirtschaft einen «planmässigen Lastenanwurf» geben. Die Abschaltungen sollten nach dem «Rotationsprinzip» erfolgen. Das beträfe auch E-Autos und Wärmepumpen. Dank Habecks Gebäudeenergiegesetz, das 2024 auch mit Zustimmung der FDP in Kraft gesetzt werden wird, sollen Gas und Ölheizungen mit solchen ersetzt werden, die mit 65% «Erneuerbaren Energien» betrieben werden. Wir werden bald viel stromfressende Wärmepumpen haben. Aber keine Angst, Wärmepumpen funktionieren nur in gut gedämmten Wohnungen. Da zieht man im Winter eben einen Pullover mehr über. Leider geht dann der Rest historischer Substanz, die den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegs-Abrisse überlebt hat, auch noch flöten – aber das Klima ist gerettet!

Obwohl die bereits installierte Leistung an «Erneuerbaren» unser Stromnetz an den Rand des Kollapses gebracht hat, der nur abgewendet werden kann, indem in Spitzenzeiten Strom aus «Erneuerbaren» oft gegen Entgelt in die Netze der Nachbarstaaten gedrückt und bei Dunkelflaute teuer zurückgekauft werden muss, will Habeck die installierte Leistung verdoppeln. Um das zu erreichen, wurde vom Wirtschafts- und vom Umweltministerium eine «Notverordnung» in Kraft gesetzt. Laut dieser Notverordnung sind das Washingtoner Artenschutzabkommen ausser Kraft gesetzt und die erkämpften Abstände von Windrädern zu Wohnhäusern eliminiert. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an Windparkplanungen wurde ausgehebelt, der Landschaftsschutz muss der Priorisierung der Windkraft weichen. Planfeststellungsverfahren werden beschleunigt, Umweltverträglichkeit wird nicht mehr untersucht. Das wird weite Teile unserer Kulturlandschaft zerstören.

Seit der Flurbereinigung der 70er Jahre ist Natur- und Landschaftsschutz nicht mehr so missachtet worden. Das alles, um es zu wiederholen, für ein Projekt, das von seinen Erfindern bereits vor zehn Jahren als Irrtum erkannt wurde!

Aber nicht nur in Deutschland richten die «Erneuerbaren» immense Flurschäden an. Sie sorgen weltweit für Kollateralschäden. Regenwald in Kolumbien wird abgeholzt, um Balsaholz für Windradrotorblätter zu gewinnen.

In Norwegen werden deutsche Windräder im Siedlungsgebiet der Sami, dem letzten indigenen Volk des Landes, gebaut. Die Hälfte davon gehört der Stadt München. Greta Thunberg protestierte mit den Sami gegen die Zerstörung ihrer Landschaft: «Eine Klimawende, die die Menschen verletzt, ist keine Klimawende, die dieses Namens würdig ist.» In Schweden werden in bisher unberührter Landschaft Lapplands Windräder errichtet.

Deutsche Unternehmen bauen im letzten ausgedehnten Weidegebiet für Rentiere Windräder. Den Protestierenden hielt einer der Betreiber entgegen, dass die Rentiere besonders gern unter Windrädern schliefen. Durch den Auftrieb der Rotoren würden die Insekten nach oben gewirbelt und die Rentiere könnten unbelästigt ruhen. Von Insektensterben wird viel berichtet, aber der Zusammenhang mit dem Betrieb von Windrädern tunlichst vermieden.

In Namibia sollen deutsche Windräder in einem Naturpark gebaut werden – für die Erzeugung von «grünem» Wasserstoff, der dann über zehntausend Kilometer per Tanker nach Deutschland transportiert werden soll. Zu den geplanten LNG-Terminals gehört das vor Rügen. Nachdem sich herausgestellt hat, dass in Lubmin die Wassertiefe für ein LNG-Terminal nicht ausreicht, soll es vor die berühmten Kreidefelsen platziert werden.

Das alles zeigt die ungeheure Verantwortungslosigkeit der Energiewendebetreiber, die seit zehn Jahren wissen, dass ihr Projekt nicht funktioniert.

Mich erinnert ihr Vorgehen an das stalin'sche Projekt des Ostsee-Eismeerkans, das hunderttausenden Menschen das Leben gekostet hat. Entlang der Überreste dieses Kanals liegen heute noch die Knochen der Verstorbenen. Heute werden keine Menschen mehr geopfert, jedenfalls nicht direkt, aber Natur und Kultur. Zur Rettung des Klimas, das nicht gerettet werden will und nicht gerettet werden kann, weil es sich nicht um politische Beschlüsse kümmert.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2023/05/21/die-folgen-eines-gruenen-irrtums/#more-7082>

## Uranmunition: Der verschwiegene Millionen-Mord muss ans Licht!

17. Mai 2023, Autor: Christian Müller



Die Uranmunition durchdringt auch die stärkste Panzer-Stahlplatte

**ACHTUNG:** Dieser Artikel von Christian Müller erschien schon am 9. März 2019, damals noch auf Info-sperber.ch. Er ist jetzt, nachdem die Briten der Ukraine Uranmunition geliefert haben, so aktuell wie nie zuvor.

**Alle wissen, dass es Atombomben gibt. Aber wissen auch alle, dass die NATO seit vielen Jahren radioaktive Munition einsetzt?**

Das Buch müsste eine Sensation werden. Wenn ...

### Es geht um einen doppelten Skandal:

Die in den Jugoslawien-Kriegen in den 1990er Jahren, im Irak, in Afghanistan und auch wieder in Syrien durch die USA und Grossbritannien eingesetzte Uranmunition hat eine tödliche Langzeitwirkung. Es können in deren Folge in den nächsten Jahren noch Hunderttausende von Menschen daran sterben.

Die westlichen Medien wollen davon nichts wissen. Ein Wissenschaftsjournalist der deutschen Tageszeitung DIE ZEIT, Gero von Randow, hat massgebend mitgeholfen, diese «abenteuerlichsten Vermutungen» der deutschen Presse zum Verstummen zu bringen – im Auftrag oder zumindest auf Wunsch des damaligen Chefredaktors Theo Sommer und/oder des (noch heute herrschenden) ZEIT-Herausgebers und NATO-Verehrers Josef Joffe, wie jetzt nachvollziehbar kombiniert werden kann.

Nur, es ist zu befürchten, dass auch jetzt die Medien dazu schweigen werden. Zu erwarten ist nämlich, dass Tausende die NATO wegen Kriegsverbrechen einklagen und für die Opfer und deren Hinterbliebene finanzielle Entschädigungen verlangen werden. Und welches NATO-Land könnte sich darüber freuen?

### **Was ist Uranmunition?**

Bei der Produktion der Brennstäbe für die Atomkraftwerke und auch bei der Produktion von Atombomben entsteht, gewissermaßen als Abfall, abgereichertes Uran – Depleted Uranium, in der gebräuchlichen Abkürzung deshalb DU. Das kann industriell für nichts gebraucht werden, ausser für militärische Zwecke. DU ist nämlich unheimlich schwer – sein spezifisches Gewicht ist mehr als doppelt so hoch wie das von Stahl – und kann dadurch, in geeignete Munition eingebaut, auch locker die Stahlpanzerung eines schweren Tanks durchschlagen.

Die Uranmunition genannten Geschosse werden vor allem von den US-Kampffjets Fairchild A-10 Thunderbolt gegen Panzer eingesetzt. Dass diese Munition radioaktiv strahlend und hochgiftig ist, wird dabei stillschweigend hingenommen. Seit dem Golfkrieg 1991 setzt die US-Armee – unter offensichtlicher Duldung der NATO-Verbündeten, also auch Deutschlands – urangehärtete Munition, Bomben und Granaten ein. Im Kosovo ebenso wie in Bosnien und Serbien, in Kuwait, Afghanistan, im Libanon, in Somalia, im Irak und in Syrien.

### **Ein unermüdlicher Journalist hat recherchiert**

Es ist dem deutschen Filmemacher und Journalisten Frieder Wagner zu verdanken, dass das Thema jetzt doch endlich wieder auf den Tisch kommt. Er hat seine Recherchen und Reiseberichte in die kriegsgeschädigten Gebiete in ein Buch gebracht, das eben im proMedia-Verlag erschienen ist: «Todesstaub – made in USA».

### **Wir haben das Buch gelesen. Zwei Passagen daraus:**

«Wenn Urangeschosse ihr Ziel treffen, verbrennt das verwendete abgereicherte Uran zu winzigsten Partikeln. Dieser «Todesstaub» kann eingeatmet in alle Organe gelangen, weil er 100mal kleiner ist als rote Blutkörperchen und so auch die Mutter-Kind-Schranke überwindet. Die Uranteilchen verseuchen im Irak und überall dort, wo diese Waffen bisher eingesetzt wurden, zudem den Boden, die Luft und das Wasser. Sie verursachen Krebs. Viele Generationen werden über Jahrhunderte geschädigt, weil sich ihr genetischer Code verändert.»

«Eine Studie der britischen Atomenergiebehörde aus dem Jahr 1992 besagt, dass beim Einsatz von 40 Tonnen dieser Munition in bewohnten Gebieten bis zu 500'000 Todesopfer durch radioaktive Verseuchung zu erwarten sind. Im Krieg 1991 (Zweiter Golfkrieg. Red.) wurden allein 320 Tonnen dieser Munition eingesetzt. Wie furchtbar mögen also die Folgen der Uranwaffen in Bosnien (1995), in Jugoslawien (1999), Afghanistan (2001) und im zweiten Irak-Krieg (2003) sein, wo insgesamt circa 2200 Tonnen eingesetzt wurden? Es gibt alarmierende Hinweise, dass vor allem in Afghanistan, von 2001 bis heute, und im israelischen Krieg gegen den Libanon 2006 auch mit höher angereicherten Sprengsätzen experimentiert wurde – mit der Zivilbevölkerung als Versuchskaninchen.»

Der Verlag sagt dazu: «Der Dokumentarfilmer und Autor Frieder Wagner hat in den Kinderkrankenhäusern des Irak Bilder des Schreckens gesehen und aufgenommen. In seinen Filmen «Deadly Dust – Todesstaub» (2007) und «Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra» (2003) berichtet er über die Vertuschungsstrategie der Militärs, der Industrie und von Regierungen, aber auch jener der Medien und der Politik. Seine jahrelange Beschäftigung mit dem Thema führte ihn zu den verseuchten Kriegsschauplätzen, wo er gemeinsam mit dem deutschen Arzt Siegwart-Horst Günther (1925–2015) wichtige Fakten zutage förderte, die nun erstmals in Buchform erscheinen.»

### **Zum Autor Frieder Wagner**

Frieder Wagner, geboren 1942, ist deutscher Journalist und Filmemacher. Für seine Fernseharbeiten wurde er mit dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet. Seit 1982 stellt er in Personalunion als Autor, Kameramann und Regisseur eigene Fernseh-Dokumentationen für ARD und ZDF her. Seine für die WDR-Reihe «Die Story» gedrehte Dokumentation «Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra» über die Folgen des Einsatzes der Uranmunition erhielt 2004 den Europäischen Fernsehpreis.

Die Deutsche Zeitung Die Welt hat im Februar 2018 einen ausführlichen Artikel zum Thema Uranmunition publiziert. Darin findet sich gleich am Anfang ein eindrückliches Video.

Zum Buch: Frieder Wagner: «Todesstaub – made in USA, Uranmunition verseucht die Welt». 232 Seiten, mit eingelegerter Film-DVD «Deadly Dust – Todesstaub».

### **Weitere Publikationen zum Thema Uranmunition**

**Zu den Opfern des Einsatzes von Uranmunition gehören, wie im Text erwähnt, auch Tausende von Menschen im ehemaligen Jugoslawien. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass dort das Interesse an diesem**

**Thema deutlich höher ist. In Serbien etwa beschäftigen sich mittlerweile nicht nur Journalisten, sondern insbesondere auch Ärzte, Wissenschaftler und auch Juristen mit den Spätfolgen der von der NATO durchgeführten Bombardierungen mit Uranmunition.**

Quelle: <https://globalbridge.ch/uranmunition-der-verschwiegene-millionen-mord-muss-ans-licht/>

## **Der «Leyen-Effekt» – Und warum «wir Europa nicht den Leyen überlassen» sollten**

*Hwludwig, Veröffentlicht am 24. Mai 2023*

**Der in das EU-Parlament gewählte Journalist und Satiriker Martin Sonneborn ist durch seine scharfen satirischen Reden im Parlament und Beiträge auf Twitter weithin bekannt geworden. Dabei braucht er sich satirisch gar nicht besonders anzustrengen, weil ihm das EU-Personal genügend Realsatire liefert, die alle künstlerische Satire übertrifft. Insbesondere die deutsche EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bietet ihm immer wieder Steilvorlagen, die einerseits völlig unglaublich sind; andererseits bleibt einem aber auch das Lachen im Halse stecken, weil ihre Handlungen den Steuerzahlen unvorstellbare Summen Geld kosten – so ihr intimer Deal mit dem Pharmariesen Pfizer über die Lieferung von Milliarden von Corona-Impf-Dosen. (hl)**

*uncutnews.ch, Von Martin Sonneborn*



Guten Tag draussen an den Geräten, gerade ist ein Zwischenergebnis der Nachverhandlungen zwischen der EU-Kommission und dem US-Pharmagiganten Pfizer durchgesickert – allerdings nicht zu UNS oder IHNEN DA DRAUSSEN, sondern zu Journalisten der britischen «Financial Times» und der Nachrichtenagentur Reuters.

Wenn deren Berichte zutreffen, dann schlägt die Kommission vor, die Pfizer gegenüber bestehende Zahlungsverpflichtung in Höhe von 10 MILIARDEN EURO durch eine Pfizer gegenüber bestehende Zahlungsverpflichtung in Höhe von 10 MILIARDEN EURO zu ersetzen.

Ein interessantes Hütchenspiel.

Und während wir uns noch fragen, warum wir diesen Knaller nicht auch in der deutschen Presse finden können, wollen wir Entstehung und Inhalt der EU-Impfstoff-Verträge noch einmal kurz rekapitulieren.

Im Mai 2021 hatte die Kommission den grössten Deal der Pharmageschichte abgeschlossen. Nach zwei ersten Vereinbarungen (vom November 2020 und Februar 2021) mit Pfizer/Biontech über den Kauf von (insgesamt) 600 Millionen Dosen gab sie eine nochmalige Bestellung über zusätzliche 900 Millionen Dosen auf – mit einer Option auf 900 Millionen weitere, die (dankenswerterweise) nie ausgelöst wurde.

Es war der mit Abstand umfangreichste aller EU-Impfstoffverträge – und mit einem (mutmasslichen) Volumen von 35 MILIARDEN EURO auch der grösste Kaufvertrag, den die Kommission je mit einem singulären Marktakteur geschlossen hat. Allein das ist Grund genug für eine genauere Betrachtung.

Mit diesem dritten Pfizer-Vertrag stieg nicht nur die Abnahmemenge um 25% sondern auch der Preis: von 15,50 auf 19,50 Euro pro Dosis. Ein historisch einmaliger Megadeal, bei dem mit zunehmender Abnahmemenge auch die Stückpreise steigen? Wir taufen diesen pfiffigen Mechanismus hiermit der Einfachheit halber auf den Namen «Leyen-Effekt». Und legen ihn bei Gelegenheit mal einem blutigen BWL-Anfänger zur genaueren Begutachtung vor – und zwar zusammen mit dem Skalen-, Nikolaus- und Mengenrabatt-Effekt, lol.

Zudem verschaffte die Kommission dem Unternehmen Pfizer, das den Markt bereits zuvor dominiert hatte, damit das Quasi-Monopol für den EU-Impfstoffmarkt – ein offener Verstoss gegen das – ansonst mit Argusaugen gehütete – EU-Wettbewerbsrecht. Zu guter Letzt wurden sowohl Herstellerhaftung als auch (spätere) Vertragsanpassungen und Ausstiegsklauseln weitestgehend ausgeschlossen.

Hüstel.

Wir halten dieses Ding in seiner Gesamtheit für den lausigsten Vertrag, der von Kommissionsfachkräften je verhandelt (oder abgeschlossen) wurde – immerhin werden EU-Beamte ja nicht nur mit ausgefuchstem Eliteschulwissen vollgestopft, sondern auch noch in Kursen wie «Verhandlungsgeschick für Dummies» oder «Top Deal's – so geht's | TÜV NORD» sorgfältig für die Ausübung ihrer Hauptaufgabe trainiert, dem korrekten Ausspielen ihrer versammelten Verhandlungsmasse: 450 Mio. Typen wie Sie, (der grösste Binnenmarkt der Welt). Wir kennen Sonderschüler (3. Klasse), die vor diesem Hintergrund weit bessere Vertragsbedingungen herausgeschlagen hätten als alle, die in diesem dritten Pfizer-Vertrag zu finden sind.

Zustande gekommen war er übrigens, nachdem Frau vonderLeyen über Monate in direktem fernmündlichem und kurznachrichtlichem Austausch mit Albert Bourla gestanden hatte, dem CEO eines weltbekannten Potenzmittelproduzenten, der ausweislich seiner eigenen Unternehmensgeschichte als bestenfalls unseriös eingestuft werden muss, wenn nicht gar als KRYPTOKRIMINELL. Kein anderer Pharmakonzern auf der ganzen Welt musste seiner Geschäftspraxis wegen so häufig von Behörden und Gerichten gemassregelt werden wie Pfizer, im Durchschnitt viermal pro Jahr. In 22 Jahren bringt das Unternehmen es auf 90 dokumentierte Sanktionsmassnahmen, denen teils gravierende Rechtsverstösse vorausgegangen sind. (Und das sind nur die, die aufgefliegen sind.)

Von der Leyen hat die offiziellen EU-Vertragsgespräche mit der Pharmaindustrie, die nach einem festgelegten Protokoll von mandatierten Verhandlungsführern und Experten der Kommission durchzuführen waren, allem Anschein nach erfolgreich unterlaufen und die Verhandlungen für diesen dritten, grössten, teuersten, wettbewerbsverzerrendsten und stümperhaftesten Pfizer-Vertrag in seinen entscheidenden Teilen an sich gezogen – unter Überschreitung ihrer Amtszuständigkeit als Kommissionspräsidentin und Verletzung der für EU-Beamte verbindlichen Verfahrensvorschriften.

Das würde jedenfalls erklären, warum die Kommission dem Europäischen Rechnungshof für diesen einen Vertrag – im Unterschied zu allen anderen – keinerlei internes Bürokratiebeiwerk vorlegen konnte, keine Verhandlungs-Mitschriften, keine Vorverträge, keine handgekritzelten Galgenmännchen mit Zahlen dran, nichts.

Seit zwei Jahren verweigern Kommission und von der Leyen, die ihre Transparenzverbundenheit immer mit ohrenbetäubend geschmacklosen Verbalkaskaden simuliert hatte, nun schon die Veröffentlichung der abgeschlossenen VERTRÄGE – selbst Parlament und Untersuchungsausschuss bekommen nichts als durch Schwärzung unkenntlich gemachte Ausfertigungen zu Gesicht.

Ebenso kategorisch verweigern sie die Herausgabe der vertragsvorbereitenden SMS-NACHRICHTEN zwischen von der Leyen und Bourla – und widersetzen sich damit nicht nur dem (rechtmässigen) Auskunftsbegehren von Journalisten und EU-Abgeordneten, sondern auch den Anfragen der Europäischen Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly und sogar der (ziemlich) nachdrücklichen Aufforderung des Europäischen Rechnungshofes.

Wir halten das langsam wirklich für lächerlich. So nachvollziehbar alles Geraune um Geschäfte, Gewinne und Geheimnisse in den sonderbaren Zeiten der Pandemie (für einige) noch gewesen sein mag, so unhaltbar ist es heute. Über zwei Jahre nach den in Frage stehenden Vertragsabschlüssen kommt die weitere Aufrechterhaltung dieser institutionellen Intransparenz allmählich einem Akt böswilliger politischer Behinderung gleich, einer «Obstruktion», so die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly, die es in höchstem Masse «verwirrend» findet, dass von der Leyen sich immer noch weigert, auf die zahllosen Beschwerden und Klagen (u.a. von der New York Times) auch nur einzugehen.

(Im Übrigen sind wir allmählich der Meinung, dass diese Dame nächstens mal Kommissionspräsidentin werden sollte. O'Reilly, nicht von der Leyen.)

Diese (beharrliche) Verschleierung ist demokratischer Verhältnisse nicht würdig – und gänzlich unnötig ist sie zudem, denn jedes «schützenswerte Geheimnis» von damals kann heute in den Geschäftsberichten, Absatzstrategien und Preislisten der Ficker-Firma Pfizer ja längst offen besichtigt werden.

Falls es also tatsächlich jemandes Absicht gewesen sein sollte, «Transparenz», «Demokratie», «Bürgernähe» und das «Vertrauen» in die «Politik» zu «stärken» (Sie lasen: Auszüge aus der Antrittsrede Ihrer höchsten Exekutivbeamtin), so können wir der Kommissionspräsidentin nur zurufen: NA DANN MAL LOS. Niemand hindert Sie.

Und während die strafrechtliche Untersuchung der ursprünglichen Verträge durch die Europäische Staatsanwaltschaft EPPO, bekannt seit Oktober letzten Jahres, noch in vollem Gange ist, hat die Kommission es schon wieder getan.

Sie hat sich in neue Verhandlungen mit Pfizer begeben – natürlich nicht ohne die dezidierte Absicht, jede ihrer bisherigen Verfehlungen noch einmal in Zeitlupe zu wiederholen: Wieder wird hinter verschlossenen Türen in geheimen Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und Umgehung ihrer (eigenen) Rechenschaftspflicht über die Verwendung von EU-Geldern zum EU-weiten Ankauf von Produkten eines einzigen US-Herstellers entschieden. Deutlicher könnte ein hinter institutionellem Gestrüpp verschanztes System seine notorische Unfähigkeit zur Selbstkorrektur nicht mehr zeigen.

Die (zugänglichen) Informationen sind (daher erneut) spärlich und nicht frei von Unklarheiten. Wir wagen es dennoch, uns das aktuelle Geschehen wie folgt zusammenzureimen.



Es geht um die «Anpassung» des gigantischen (dritten) von der Leyen-Pfizer-Vertrages, mit dem die Kommission sich zur Abnahme von 900 Mio. Dosen bis Ende 2023 verbindlich verpflichtet hatte. Etwa 400 Mio. dieser Einheiten wurden bereits geliefert, die restlichen 500 Mio. müssen in diesem Jahr von den EU-Mitgliedern noch abgenommen werden.

Unnötig zu erwähnen, dass die Nachfrage nach Impfstoffen praktisch zum Stillstand gekommen ist, während die Impfstofflager aus allen Nähten platzen und alle zuvor durch Aufdruck (sogar in Blindenschrift) angekündigten Verfallsdaten – eines nach dem anderen – nun überraschenderweise auch tatsächlich eingetreten sind.

Seit einem geschlagenen Jahr versuchen die (ohnedies von multiplen Belastungen geknebelten) Mitgliedsstaaten nun schon, sich aus ihrem Vertragsschicksal doch noch irgendwie herauszuwinden. In der Hoffnung auf herstellerseitige Kulanz bitten die einen in bestem Beamtendänisch um einen Preisnachlass, während andere glauben, ein Hinweis auf übervolle Lagerstätten («Nix Platz!», «Lager voll!!!», «Wegen Überfüllung geschlossen!») könnte ihnen irgendwie weiterhelfen (Slowenien). Die Slowakei und Lettland sind bereit, statt des Impfstoffs einen Riesenhaufen anderer Leckereien aus dem (bunten) Medikamentensortiment von Pfizer zu schlucken, egal, was gegen Schädelweh und Potenzprobleme vielleicht. Und während Spanien überschüssige Bestände schon resigniert vernichten lässt, um das Elend wenigstens nicht mehr täglich zu sehen, hatte man in Griechenland den überaus anarchistischen Einfall, die Paketsendungen der Pharmaindustrie einfach zu Amazon-Retouren zu degradieren und zurückzuschicken: «Passt gar nicht, nächste Mal korrekte Grösse schicken, tschüssi!»

Das alles war natürlich vergeblich, der Kaufvertrag lässt den Staaten kein Entkommen. 500 Mio. Dosen müssen schleunigst abgenommen werden, Pfizer besteht auf Einhaltung des Vertrages, droht mit Klagen und lässt selbst Meteoriteneinschlag und Kriegsausbruch nicht als aussergewöhnlichen Umstand zur Vertragsabänderung gelten. Polen hat es versucht, vergeblich.

Quelle:

<https://twitter.com/MartinSonneborn/status/1654887313342709761>

Anmerkungen:

\* Die Abnahmemenge stieg bei weiteren 900 Millionen gegenüber den bisherigen 600 Millionen nicht um 25%, sondern nach meiner Rechnung um 150 %.

Der Pleiteticke von Julian Reichelt meldet zum Thema:

**«Im Mai 2021 wurden insgesamt 900 Millionen Impfdosen von der EU bestellt. Aufgrund fehlender Nachfrage sind bisher jedoch «nur die Hälfte oder mehr» geliefert worden, wie Reuters Ende Januar berichtete. ... Aktuell laufen Verhandlungen zwischen der EU und Pfizer über eine neue Vereinbarung für 450 bis 500 Millionen Dosen. Pfizer schlägt laut Financial Times vor, eine bestimmte Menge nicht zu liefern – dafür jedoch 10 Euro pro Dosis zu verlangen und bis 2026 jährlich 70 Millionen Dosen zu einem noch festzulegenden Preis zu verkaufen. Der ursprüngliche Preis betrug 19,50 Euro pro Dosis. Aus den jährlichen 70 Millionen Impfdosen werden bis 2026 280 Millionen. Nimmt man die laut Vertrag von Mai 2021 noch ausstehende Gesamtlieferung von 450 bis 500 Millionen Dosen als Grundlage, so beläuft sich die Menge der Impfdosen, die nicht geliefert werden, auf 170 bis 220 Millionen – die mit zehn Euro pro Dosis abgegolten werden sollen. Das wären zwischen 1,7 und 2,2 Milliarden Euro für nichts.»**

<https://pleiteticke.de/2-milliarden-euro-storno-an-pfizer-der-folgenschwere-eu-deal-mit-ueberfluessigen-impfdosen/>

Martin Sonneborn schloss eine Stellungnahme im EU-Parlament zu dem Wirken von Ursula von der Leyen mit der Bemerkung ab:

«Wir sollten Europa nicht den Leyen überlassen.»

<https://www.youtube.com/watch?v=n5W8DBCCRc0>

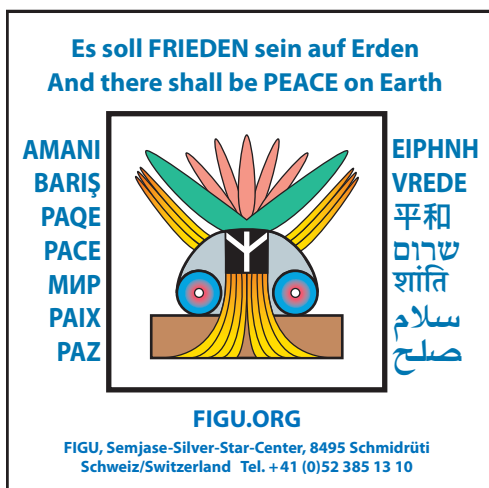
Dem ist nichts hinzuzufügen.

Eine weitere interessante Realsatire:

<https://www.youtube.com/watch?v=zkiHxkrlcVU>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/05/24/der-leyen-effekt-und-warum-wir-europa-nicht-den-leyen-uberlassen-sollten/>

## Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

### Autokleber

#### Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

### Bestellen gegen Vorauszahlung:

**FIGU**  
Hinterschmidrüti 1225  
8495 Schmidrüti  
Schweiz

### E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org  
www.figu.org  
Tel. 052 385 13 10  
Fax 052 385 42 89

### IMPRESSUM

#### FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** FIGU Wassermannzeit-Verlag,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
**Redaktion:** BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,  
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz  
**Telephon** +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89  
**Wird auch im Internet veröffentlicht**  
**Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite**

**Postcheck-Konto:** FIGU Freie Interessengemeinschaft,  
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** info@figu.org

**Internetz:** www.figu.org

**FIGU-Shop:** http://shop.figu.org



© FIGU 2023

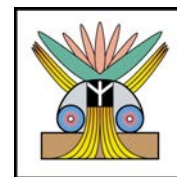
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden  
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber  
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

### Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.  
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz